Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

215 (16.9.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible]TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungs ieles, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand[illegible] / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvol[illegible] / Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

[illegible]eis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Er[illegible] wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle [illegible]redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9: B.-Baden, Jagdhausstr. 12: Rastatt, Rosenstr. 2: Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 215 | Karlsruhe, Freitag, den 16. September 1932 | 52. Jahrgang

Besorgnisse um IHN

Seine Stützen wanken

Der **Reichskanzler** hat in seiner letzten Rundfunkrede einen lebhaften Appell an das **kapitalistische** Unternehmertum gerichtet und es zu seiner Mitarbeit bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms der gegenwärtigen Reichsregierung aufgefordert.

Zunächst konnte man den Eindruck haben, als ob dieser Appell bei der gesamten Bourgeoisie und besonders bei ihren großindustriellen Teilen ein außerordentlich sympathisches Echo finde. In den letzten zwei Tagen aber werden doch aus diesem Lager allerlei Bedenken angemeldet. So hat der Verein deutscher Maschinenbauanstalten unter dem 12. September eine Eingabe an Herr v. Papen gerichtet, in der er **Beschwerde** wegen der geplanten handelspolitischen Maßnahmen erhebt. Die **Politik der Kontingente** erscheine ihnen außerordentlich gefährlich, da sie von dem Auslande zweifellos mit einer Erschwerung der deutschen Ausfuhr beantwortet werde und da sie außerdem die deutsche Landwirtschaft nicht aus ihrer Notlage befreien könne. Die Eingabe enthält die bemerkenswerte Feststellung, daß der **Tiefstand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse weniger durch ausländischen Wettbewerb, als durch Kaufkraftschwund in weiten Teilen der städtischen Bevölkerung hervorgerufen sei.**

Für jemanden, der zu dieser Erkenntnis gelangt ist, ist es kein weiter Schritt zur Verurteilung der Papen-Notverordnung, die mit ihren, die Sozialpolitik und die Löhne einschränkenden Bestimmungen die Kaufkraft der Arbeiterklasse immer mehr herabdrückt. Und so kann man in der Tat auch bei führenden Industriellen starke Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Notverordnung mit ihren weitgehenden Ermächtigungen für die Regierung vornehmen. Einstweilen wird diese Kritik noch recht zurückhaltend geübt, aber sie wird vielleicht in der nächsten Zeit lauter werden, nicht aus Interesse für die Arbeiterklasse, wohl aber weil man für die Absatzmöglichkeiten im Inlande so gut wie im Auslande fürchtet.

Bezeichnend ist auch, daß die „deutschen Führerbriefe", eine von industriellen Unternehmern unterhaltene Korrespondenz, sich neuerdings im Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten skeptisch, ja sogar recht unfreundlich über Herrn v. Papen und seine Absichten äußerte. Die Briefe machen den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß er sich eigentlich nicht auf den vom Volke gewählten Reichspräsidenten berufen dürfe, da dieser auch der Kandidat des Zentrums und der Sozialdemokratie gewesen sei. Es sei etwas kühn, wenn sich Herr v. Papen angesichts der Abstimmungen des Reichstages über das Mißtrauensvotum als den Vollstrecker des eigentlichen und nationalen Volkswillens bezeichnet, und wenn er meine, daß das Schicksal der deutschen Wirtschaft und ihres Unternehmertums von der Durchführung seiner Pläne abhänge.

Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist nicht verknüpft mit dem Schicksal der Reichsregierung oder eines Regierungsplanes. Auch hier werden dann die stärksten Besorgnisse wegen der handelspolitischen Absichten und außerdem wegen der Zinssenkungspläne der Regierung geäußert.

Nimmt man schließlich hinzu, daß beispielsweise ein Blatt wie die Kölnische Zeitung dieser Tage nicht ohne Sorge davon sprach, daß bei einer Regierung die ohne die Stütze im Volke sei, die Gefahr eines Abgleitens auf die Wege der Reaktion bestehe, so hat man ein ungefähres Bild von den Stimmungen, die sich in den Kreisen des Herrn v. Papen so heiß umworbenen industriellen Unternehmertums bemerkbar zu machen beginnen. Wir wollen solche kritischen Anwandlungen zunächst nicht überschätzen, aber die Reichsregierung selbst wird sich die Frage vorlegen müssen, wie lange sie sich wohl zu halten vermag, wenn auch diese Stütze in Wegfall kommt, und sie nur noch an dem verschuldeten ostelbischen Großbesitz und den Bajonetten des Herrn v. Schleicher einen Rückhalt findet.

Ein toller Banditenstreich

Gelungener Ueberfall auf einen Geldtransport – Mitten in Charlottenburg

Vier Beamte niedergeschossen

WTB. Berlin, 15. Sept. Vor dem Rathaus Charlottenburg wurde heute in der neunten Vormittagsstunde ein toller Raubüberfall verübt, bei dem den Banditen etwa 40 000 Mark in die Hände fielen. Alltäglich werden die Einnahmen der Straßenbahnen und Autobusse, die in einem großen Betriebshof in der Helmholtzstraße untergebracht sind, in der neunten Vormittagsstunde nach der Girokasse, die sich im Charlottenburger Rathaus befindet, abgeliefert. Auch heute war ein Autobus mit mehreren Kassetten, die hauptsächlich Silber- und Kleingeld enthielten, mit dem Abtransport des Geldes beauftragt. Während mehrere Beamte damit beschäftigt waren, das Geld auszuladen, fuhr plötzlich ein elegantes Auto vor dem Rathaus vor, dem vier junge Burschen entsprangen. Noch ehe sich die Beamten zur Wehr setzen konnten, zogen alle vier Revolver aus den Taschen und eröffneten ein Schnellfeuer auf die Beamten, von denen vier getroffen zu Boden sanken. Dann ergriffen sie drei Kassetten, worauf sie in ihr Auto sprangen und davonrasten. Die BVG. nimmt an, daß etwa 40 000 Mark den Räubern in die Hände fielen.

Die Tat muß von Leuten durchgeführt worden sein, die von der Auslieferung des Geldes genau unterrichtet waren. Obwohl um diese Zeit schon starker Verkehr herrschte, waren die Zeugen des Ueberfalls so überrascht, daß die Täter unerkannt entkommen konnten.

Die Opfer des Ueberfalls sind: Der Betriebsbahnhofsvorsteher Meyer, der ins Krankenhaus Westend transportiert wurde. Schwerere Verletzungen erlitten der Chauffeur des Autobusses, ein Kassengehilfe und ein Bewachungsbeamter.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich der Raubüberfall folgendermaßen abgespielt.

Von der neunten Vormittagsstunde, als vier Beamte der Berliner Verkehrsgesellschaft aus der Girokasse, die sich im Rathaus Charlottenburg befindet, herauskamen, wurden sie von vier jungen Burschen, die offenbar im gegenüberliegenden Hause gewartet hatten, überfallen. Zwei BVG.-Beamte, die die schwere Kiste trugen, in der sich 33 100 Mark in Zehn-, Zwanzig- und Hundertmark-Scheinen für die morgige Lohnzahlung befanden, wurden von dem Leiter des Betriebsbahnhofs Helmholtzstraße, Meyer, und dem Chauffeur des Wagens auf dem Wege von der Kasse bis zum Auto gedeckt. Die vier Burschen schlugen auf die Träger der Kiste ein, die diese fallen ließen und feuerten gleichzeitig auf die Begleiter sechs Schüsse ab. In der allgemeinen Verwirrung ergriffen die Räuber blitzschnell die Kiste und warfen sie in eine bereitstehende dunkelblaue Mercedes-Benz-Limousine, mit der sie durch die Leibnitzstraße in Richtung Kurfürstendamm davonrasten und im Gewühl des Straßenverkehrs unerkannt entkamen. Der Vorsteher des Betriebsbahnhofs in der Helmholtzstraße, der 56jährige Otto Meyer, hat einen **Kopfschuß** erhalten, an dessen Folgen er eine Stunde später im Krankenhaus Westend **verstarb.**

Der Wagen, den die Räuber zu ihrem Ueberfall benutzten, ist in der Landshuter Straße gestohlen worden. Er gehört der Firma Kohlengroßhandel, Gesellschaft für Handel und Industrie, Friedrich Minoux.

Der dreiste Raubüberfall hatte in der Berliner Straße ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Zahllose Neugierige umstanden das Rathaus und behinderten schließlich den Verkehr derart, daß die Polizei die Menschenmenge zerstreuen mußte.

Das Auto der Geldräuber gefunden

Das von den Geldtransporträubern zu ihrem Ueberfall benutzte Auto konnte mittags auf der Chaussee nach Moorlake hinter der Glienicker Brücke aufgefunden werden. Von den Tätern selbst fehlt noch jede Spur.

Zentrum und Reichsregierung

Das württembergische Zentrum tritt, wie ein Leitartikel seines Landesorgans beweist, mit Entschiedenheit für einen „Abbau der Konfliktpolitik" ein. Es verlangt, daß Reichsregierung und Reichstagspräsident sich im Dienste der Nation von Prestigerücksichten lösen und dadurch freie Bahn gewinnen für eine rein politische Austragung der leider notwendig gewordenen Auseinandersetzung. Es sei sinn- und aussichtslos, wegen der Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Art. 25 der Reichsverfassung den Staatsgerichtshof anzurufen, weshalb gewünscht wird, daß die nationalsozialistisch geleiteten Länderregierungen von vornherein darauf verzichten, um der Regierung nicht einen billigen Vorwand für Hinausschiebung der Neuwahlen zu geben.

„Die historische **Aufgabe der Parteien** besteht jetzt darin, über die Innehaltung der Reichsverfassung wenigstens in allen **wesentlichen** Punkten zu wachen und gegen die Etablierung einer Diktatur ihre Verantwortung für Volk und Nation und ihre Verpflichtung auf die Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit in die Waagschale zu werfen. Dazu gehört es aber nicht, daß man tagelang im Vergangenen haften bleibt, aus Zwirnsfäden Schranken errichtet und aus Unstimmigkeiten und gewagten Auslegungen schon eklatante Verfassungsbrüche konstruiert. **Es wäre politisch falsch und verantwortungslos, die Opposition so zu führen, daß eine praktische Arbeit der Regierung erschwert würde.** Erst ein evidenter Verfassungsbruch, etwa **Absage der Neuwahlen,** würde in dieser Hinsicht eine **neue Situation** schaffen. Es käme auch, so notwendig die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen an sich ist, der Herbeiführung neuer Konfliktsstoffe gleich, wenn Zentrum und Nationalsozialisten jetzt in **Preußen** eine parlamentarische Regierung bilden würden. Jedermann weiß, daß diese Möglichkeit der Reichsregierung einige Sorgen bereitet, daß sie aber ihren Kommissar notfalls **auch mit Gewalt stützen** will und wer die Reichsregierung in neue Verstöße gegen die Reichsverfassung sozusagen **hineintreiben** möchte, brauchte ja nur die abermalige Einsetzung eines Reichskommissars unter einer vielleicht noch fadenscheinigeren Begründung zu provozieren. Aber daran hat unseres Erachtens niemand, der die Wohlfahrt des Staates will, Interesse. Der politische Kampf, der um die Führung im Reich entbrannt ist, muß auf dem geraden Wege, den die Verfassung weist, ausgetragen werden, und das nächste Ziel muß die Wiederherstellung geordneter Regierungsverhältnisse im Reich sein. Eine verantwortliche, auf ein **Parlamentssystem** gestützte Reichsregierung hätte dann alsbald die Aufgabe zu übernehmen, das preußische Abenteuer der Regierung Papen verfassungsgemäß und politisch sinnvoll zu liquidieren."

Hieran anschließend wendet sich der Artikel gegen die Absicht der Regierung Papen, ihr im einzelnen noch nicht bekanntes „Zwölfmonatsprogramm" auf dem Wege von Notverordnungen zu verwirklichen.

„Es ist unumstößlicher Bestandteil des geltenden Staatsrechts, daß jede Verordnung auf Grund des Art. 48 der Billigung des Reichsrats bedarf. Man kann diese Billigung bei weitherziger Auslegung der Verfassung durch ein- oder mehrmalige Reichstagsauflösung hinausschieben, man kann sie aber **nicht überflüssig** machen, und so würde daher jede Verfassungsreform durch Notverordnung mindestens der nachträglichen Billigung durch einen auf Grund der geltenden Verfassung gewählten Reichstags bedürfen. Daraus geht ganz klar hervor, daß die Regierung Papen, wenn sie mit ihrer Arbeit nicht scheitern oder — was wir nicht glauben möchten — nicht schon jetzt einen **Staatsstreich** in sichere Rechnung stellen will, einem neuen Reichstag Brücken zur Zusammenarbeit bauen muß. Mit den Vorarbeiten dazu sollte sie jetzt schon beginnen, indem sie ihre Konfliktspolitik abbaut und sich auf loyaleren Umgang mit den ständigen Repräsentanten der Volksvertretung und mit den Exponenten des Volkswillens, den Parteien, einstellt. Und die Parteien selbst, sowie Reichstagspräsident Göring sollten, wie gesagt, der Regierung den Entschluß hierzu nicht unnötig erschweren."

*

VDZ. **Berlin,** 15. Sept. Ueber die **Tagung des Zentrumsvorstandes** wird ein Bericht ausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine kurze Ansprache des Parteivorsitzeden Prälat Dr. **Kaas.** Bereits der letzte Wahlkampf ist gegen unseren Willen und gegen unseren Rat entfesselt worden. Die Versuche der Regierung, mit den Hauptsiegern des letzten Wahlkampfes die Voraussetzung für ein stabiles politisches Weiterarbeiten zu schaffen, sind nach kurzen Anläufen zusammengebrochen. Erst in diesem Augenblick hat die Zentrumspartei in staatspolitischem Pflichtgefühl den Versuch unternommen, aus der Volksvertretung heraus eine arbeitsbereite Mehrheit, zur Stützung einer autoritären Staatsführung zu bilden. **In dem Augenblick, wo im Gefolge dieser Bemühungen der aus den letzten Wahlen hervorgegangene Reichstag „drohte", arbeitsfähig zu werden, sah das Kabinett v. Papen ihn als seinen Feind an und beschloß, den im Werden begriffenen Sammlungsprozeß durch eine nochmalige Auflösung zu unterbrechen. Niemals hat eine Regierung von dem angerufenen Volkswillen eine so vernichtende Antwort erhalten, wie die in der denkwürdigen Montagsitzung, in der das „Kabinett der nationalen Konzentration" ausgerechnet 42 Stimmen auf sich „konzentrierte".**

Sodann erhielt der Abg. **Joos** das Wort zu einem Vortrag über die politische Lage. Er betonte u. a.: Unser Ziel war Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen, Vertrauen im Volk haben und die volle Innehaltung der Verfassung garantieren konnte. Wir haben deutlich sichtbar werden lassen, daß uns in keinem Zeitpunkt der Verhandlungen der Gedanke eines einseitigen Parteienkabinetts vorschwebte, daß wir im Gegenteil nach einer Lösung suchten, die eine starke Staatsführung ermöglichte. Unser Ziel war bei allseitigem gutem Willen zu erreichen. **Es wäre auch erreicht, hätte sich die Reichsregierung darum ernsthaft bemüht.**

Löbe bei Papen

Der Reichstagsabgeordnete **Löbe** hatte am Donnerstag in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses, der sich am Mittwoch auf Beschluß einer national-kommunistischen Mehrheit zum „Untersuchungsausschuß" erklärte, eine Besprechung mit dem Reichskanzler. Es darf angenommen werden, daß die Besprechung dem Ziele diente, das Erscheinen der Mitglieder der Regierung, die als Zeugen vor den Ausschuß geladen werden sollen, herbeizuführen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder haben dem Beschluß der nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit die Zustimmung verweigert. Das geschah in erster Linie, weil eine Klärung der tatsächlichen Vorgänge in der Reichstagssitzung vom Montag überflüssig sei, da die Tatsachen selbst feststehen. Die Sozialdemokratie verbindet dem Beschluß aber auch ferner deshalb ihre Zustimmung, weil sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten erklärten, daß das Ergebnis der Untersuchung für sie bereits feststehe. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die „Untersuchung" leicht als Anlaß benutzt werden könnte, die Festsetzung des Wahltermins hinauszuzögern oder gar zu unterlassen.

Die Mitteilung eines rechtsstehenden Blattes, Sozialdemokratie, Zentrum und Deutschnationale würden sich an den weiteren Verhandlungen des Ueberwachungsausschusses nicht mehr beteiligen, auch würde der Abg. Löbe nicht mehr den Vorsitz führen, beruhen, soweit die Sozialdemokratie und Löbe in Frage kommen, auf haltlosen Kombinationen. Die Sozialdemokratie hat zwar die Untersuchung als überflüssig angesehen, ihre künftige Stellung aber wird sie davon abhängig machen, wie sich die Reichsregierung beziehungsweise die kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit verhalten werden.

Göring verklagt Papen

Der Nazi-Reichstagspräsident Göring läßt durch den Nazianwalt Frank II ankündigen, daß er gegen v. Papen Strafantrag wegen Beleidigung stellen werde. Als Ursache wird der v. Papen gegen Göring erhobene Vorwurf des Verfassungsbruches bezeichnet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kampf für Arbeiterrechte

15. September und Volksbegehren

Von S. Aufhäuser

Die deutschen Herolde des Faschismus hatten den sozial Entrechteten und Enterbten ein neues drittes Reich angekündigt. In Wirklichkeit ist auf dem Rücken der Naziwähler Feudalismus und Monopolkapitalismus, das heißt eine in der Gesellschaft wurzellos gewordene Schicht noch einmal zur Staatsmacht emporgestiegen. Die Hitlerlandsknechte mußten erst die Zerschlagung der Demokratie und die Lahmlegung des Parlaments herbeiführen, um eine vom Volke unabhängige Regierung in den Sattel heben zu können. Aller Streit um die rechtliche Auslegung der Verfassung, wie er in diesen Tagen zwischen Feudalen und Faschisten tobt, ändert nichts an der geschichtlichen Tatsache, daß Hitler für das Zustandekommen der heutigen Reichsregierung verantwortlich ist und umgekehrt die Förderung der „aufbauwilligen" Nazikräfte das Verdienst des Kabinetts Papen bleibt. Für die Arbeiterklasse aber gibt es hier kein kleineres Uebel. Sie befindet sich gegenüber zwei Diktaturmethoden im Stadium des verschärften Klassenkampfes.

Die Zuspitzung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse wird durch die Verordnungen der Reichsregierung vom 4. und 5. September gekennzeichnet. Der 15. September, an dem der verkündete Lohnabbau beginnt, ist ein schwarzer Tag für die Republik. Nachdem die üblichen Heilungsmittel des Kapitalismus zur Ueberwindung von Krisen nicht mehr wirken, wird versucht, durch ein gewagtes Experiment die zusammengebrochenen privaten Betriebe mit Steuergeschenken und Lohnabbau noch einmal aufzupumpen. Wiederum werden gewaltige Kredite der öffentlichen Hand zur weiteren Aufblähung eines Produktionsapparates gegeben, der heute schon in keinem Verhältnis mehr zum Absatz steht. Der Massenverbrauch aber wird durch den verordneten Lohnabbau weiter und unerträglich gesenkt. Eine solche weitere Verkümmerung des Binnenmarktes und die von der Reichsregierung geübte Absperrung in der Handelspolitik können nimmermehr eine Belebung der Wirtschaft bringen. Die verhängnisvolle Verordnung birgt vielmehr die Gefahr in sich, daß selbst bei einem Anzeichen der Weltkonjunktur der Anschluß Deutschlands an die wirtschaftliche Besserung verpaßt wird. Wirtschaftlich ist diese Verordnung nicht zu verstehen. Wohl aber entspricht die vorgenommene Generaloffensive gegen die Arbeiterrechte dem längst gehegten Wunsch der organisierten Unternehmer. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleistete Unabdingbarkeit der Tarifverträge wird ausgehöhlt und damit freie Bahn für den Lohnabbau geschaffen. Die von Regierungsseite gefundene künstliche Rechtskonstruktion, daß es auch gegenüber tarifvertraglich vereinbarten Löhnen durch Notverordnung eine „ermäßigte Erfüllungspflicht" geben könnte, zeigt bereits die Unhaltbarkeit dieser ganzen Verordnung. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten werden sich gegenüber diesem Lohnraub mit allen Mitteln zu wehren wissen. Dieser Teil der Verordnung wird aber auch schon an tausend Zweifelsfragen und inneren Widersprüchen scheitern müssen.

Es ist bezeichnend für den Kurs der Regierung, daß sie das Prinzip der freien Wirtschaft feiert und gleichzeitig die Freiheit der am kollektiven Lohnvertrag beteiligten Arbeitnehmer aufheben und zum staatlichen Lohndiktat übergehen will. Es bleibt auch das Geheimnis der autoritär konservativen Reichsregierung, wie sie es mit den Grundsätzen der Verfassung in Einklang bringen will auf Grund des Artikels 48 eine Ermächtigung des Reichspräsidenten zur grundlegenden Aenderung des gesamten Arbeitsrechts und der Sozialversicherung herleiten zu wollen. Der von der Sozialdemokratie beantragte Volksentscheid über diesen Teil der Verordnung wird die breite Front aller Arbeiter, Angestellten und Werktätigen gestalten, gegen deren Willen auch keine diktatorische Staatsgewalt bestehen kann. Angesichts der klaren Fragestellung des sozialdemokratischen Volksbegehrens, ob die heute kapitalistisch ausgebeutete Arbeitskraft unter dem Schutz des Staates stehen oder vogelfrei gemacht werden soll, wird weder kommunistische Demagogie, noch faschistische Phraseologie verhindern können, daß auch die Millionen der heute noch irregeleiteten Proletarier dem Volksentscheid zum entscheidenden Siege verhelfen werden.

Der Aufstieg und der Niedergang der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung war auch für die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft die Bestätigung dafür daß Demokratie und soziales Recht nicht voneinander zu trennen sind. Die Zurückeroberung der von der Reaktion geraubten sozialen Errungenschaften wird daher mit dem Kampf um die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte aufs engste verbunden sein. Die deutsche Wählerschaft hat es erneut in der Hand, das Instrument des demokratischen Parlaments seinen Feinden wiederum zu entreißen und damit auch den Arbeitern und Angestellten ihre demokratischen Abwehrwaffen gegen die soziale Reaktion zurückzugeben. Darüber hinaus aber bedeuten die kommenden Wahlen eine Heerschau der proletarischen Kämpfer, die entschlossen sind, der sozialistischen Aktion für den Umbau der heutigen Wirtschaftsverfassung zum Siege zu verhelfen. Herr von Papen hat in seiner letzten Rundfunkrede in Verbindung mit seinem Wirtschaftsplan folgende Mahnung an die Unternehmer gerichtet:

> „Mißlingt der Plan der Reichsregierung über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, dann ist das freie Unternehmertum verloren. Dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen."

Wir halten diesen Plan für verhängnisvoll, und wir wissen, daß das brennende Problem der Arbeitsbeschaffung für die Millionen der Erwerbslosen durch die Regierung ungelöst bleibt. Wer den Erwerbslosen wieder ausreichende Arbeit geben will, muß bereit sein, eine krisenfeste Wirtschaft aufzubauen. Echte Hilfe für die Erwerbslosen und wirksamen Widerstand gegen den Lohnraub können nur die Millionen der Werktätigen selbst erringen, indem sie sich auf das sozialdemokratische Aktionsprogramm eines konstruktiven Gegenwartssozialismus vereinigen und dafür ihre ganze organisatorische Kraft einsetzen. Reichstagswahl und Volksentscheid müssen zur sozialdemokratischen Mobilmachung der Massen werden. Schafft gegen Reaktion und Not die große unüberwindliche Front der Arbeiter und ihr seid frei!

Justiz gegen links

Stettin, 15. Sept. (Eig. Draht.) Ein Redaktionsmitglied des sozialdemokratischen Stettiner Volksboten wurde am Donnerstag wegen Beleidigung Stettiner Richter zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte den Richtern vorgeworfen, daß sie anscheinend das Rechtsbewußtsein in die Rumpelkammer geworfen und ihren Verstand zu Hause gelassen hätten.

Gefahren der Koalition

Gebrannte Kinder fürchten das Feuer!

Der Reichstag ist aufgelöst. Die gemeinsamen Bestrebungen des Zentrums und der NSDAP., die Auflösung zu verhindern, waren vergebens. Umsonst hat das Zentrum sein Prestige aufs Spiel gesetzt. Mit der gemeinsamen Parole „Gegen Herrn von Papen!" können die beiden verhinderten Koalitionspartner jetzt in den Wahlkampf ziehen, Arm in Arm. Sie haben beide widerliche Erfahrungen mit dem Reichskanzler machen müssen. Drum sind sie einig in ihrer Oppositionsstellung gegen ihn: Das Zentrum bekämpft ihn als den Thronräuber, der Nazi als den Erbschleicher. Wie weiland Kaiser Heinrich IV. vor Papst Gregor VII. im Schloßhof zu Canossa hat sich der braune Gegenspieler schier die Glieder verrenkt in seinem Büßergewand, um seine Sinneswandlung vom reißenden Wolf zum frommen Lamm darzutun. Gegen denselben Papen, der dem Faschismus allerhand Zinnen und Burgen eingeräumt hat, ging ein erbarmungsloser Feldzug. Papen hat seinen Dank dahin. Auch das Zentrum geht gegen ihn los. Aber nur gegen ihn? Wird nicht im Grunde Herr von Hindenburg getroffen? Gewiß sollte die Politik des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sich nicht gegen Hindenburg richten. De facto aber war es aber doch so, daß man gegen den Reichspräsidenten Politik machte. Die Bayerische Volkspartei fühlte das sofort heraus und suchte auch gleich nach der Auflösung vor sich selbst ihre Haltung bei der Reichstagsauflösung zu rechtfertigen. Noch hatte sie niemand angegriffen, aber schon erklärte sie „die Partei habe eine Haltung eingenommen, die alles andere als die eines Gegenspielers gegen den Reichspräsidenten sein sollte, da heute dessen Autorität aufrecht zu erhalten mehr als je ein Gebot verantwortlicher Politik sei. Das kluge Zentrum war ganz aus der Fassung geraten, von anderen hatte es sich das Gesetz seines Handelns vorschreiben lassen. Seit Wochen ging das Techtelmechtel mit dem Faschismus. Noch wenige Minuten vor der Reichstagsauflösung war die letzte Verabredung zwischen dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der NSDAP. dahin getroffen worden, dafür zu stimmen, daß die Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokratie von der Tagesordnung abzusetzen seien. Die Nationalsozialisten haben diese Abmachung gebrochen, und der Reichstag wurde aufgelöst. Bei dem ersten praktischen Versuch also, mit dem Faschismus sich zu verbünden, hat Zentrum und Bayerische Volkspartei bittere Erfahrungen machen müssen, die aber in der Natur des Faschismus begründet sind. Zentrum und Nationalsozialismus als Koalition, ein merkwürdiges Gebilde! Die beiden ungleichen Brüder stehen einander ja auch selber mit dem größten Mißtrauen gegenüber; denn jeder muß fürchten, von dem andern übers Ohr gehauen zu werden. Mit Recht! Denn auf der einen Seite steht das Zentrum mit der Tradition jahrtausendalter Diplomatenschläue der Kirche, auf der anderen Seite das „vestigia terrent" der Aesopischen Fabel, der Spuren, die abschrecken, nämlich das Schicksal der Populari-Partei, des italienischen Zentrums. Darauf verweist auch die Bayerische Volkspartei, der es gar nicht wohl war bei den ganzen Verhandlungen. Die Augsburger Postzeitung, das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, erinnert daran, daß die Populari auch an die Möglichkeiten eines Zusammenarbeitens, einer Koalition mit dem Faschismus glaubten. Ergebnis: Von dieser starken katholischen Partei ist heute nichts mehr übrig, ihr Gründer lebt in der Verbannung.

Wie wird man sich in Zukunft zum Faschismus in Deutschland einstellen?

Der umgekehrte Bismarck.

„Setzt den Nazi nur in den Sattel, reiten wird er schon nicht können."

Keine Teilnahme an der Abrüstungskonferenz

Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat am Donnerstag in der Frage der bevorstehenden Bürositzung der Abrüstungskonferenz ein Schreiben an den Konferenzvorsitzenden Henderson gerichtet, das ihm am Freitag in Genf überreicht wird und dann zur Veröffentlichung gelangen dürfte.

In dem Schreiben teilt die Papenregierung mit, daß sie sich an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz erst wieder beteiligen kann und wird, wenn die deutsche Forderung auf militärische Gleichberechtigung anerkannt wird.

Veränderungen in der Diplomatie

Es ist damit zu rechnen, daß in der nächsten Zeit auf einer Reihe von wichtigen diplomatischen Posten Veränderungen vorgenommen werden. Der derzeitige Botschafter in Paris, von Hoesch, wird die durch die Berufung von Neurath zum Außenminister freigewordene Botschaft in London übernehmen. An seine Stelle tritt der Etat- und Personalreferent im Auswärtigen Amte, Roland Coester.

Den Platz des Botschafters in Rom, der zur Zeit noch mit Herrn v. Schubert besetzt ist, soll der Gesandte in Belgrad, v. Hassell, einnehmen. Als Nachfolger v. Hassell ist der Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, v. Freytagh, vorgesehen. Wie es heißt, soll der Gesandte in Riga, Dr. Streve, die Kulturabteilung übernehmen.

Am bemerkenswertesten ist der Wechsel in Paris. Herr v. Hoesch, zweifellos einer der fähigsten unter den deutschen Diplomaten, verläßt den Pariser Posten, auf dem er lange Jahre eifrig im Sinne der deutsch-französischen Verständigung gearbeitet hat. Herr v. Hoesch wird wohl selbst zu der Einsicht gelangt sein, daß ihm eine ersprießliche Fortführung dieser Rolle unter dem Schleicher-Kurs sehr schwer fallen dürfte.

Zur Aufrüstung der Jugend

Auch die Nazis winken ab

Zur Berufung des Reichskuratoriums zur Jugendertüchtigung erklärt der Völkische Beobachter, es werde notwendig sein, diese neue Gründung der Reichsregierung mit dem in solchen Fällen gebotenen **Mißtrauen zu beobachten.** Aus den vorsichtigen Andeutungen gehe hervor, daß das Reichskuratorium eine Behörde werden soll, die sich vor allem für die **politischen Verbände** zu interessieren habe. **Wie man es sich allerdings in den Kreisen der Regierung vorstelle, etwa marxistische und nationalsozialistische Organisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, bleibe ein Geheimnis.** Wenn die Regierung meine, mit ihrer Neugründung so etwas wie „einen staatlich konzessionierten Wehrverband" etwa gegen die SA. aufziehen zu können, so werde das Ergebnis negativ sein.

Zur Abrüstungskonferenz

London, 15. Sept. (Eig. Draht.) **Im Interparlamentarischen Ausschuß für den Weltfrieden, dem die Führer der drei englischen Parteien angehören, sprach am Donnerstag der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson. Henderson erklärte unter anderem, man werde in Genf einem schwierigen Problem gegenüberstehen. Deutschlands Aufrüstungsforderung werde die Konferenz an ihre Kernfragen heranbringen. Der Rückzug Deutschlands aus Genf sei der schlechteste Weg, den Deutschland im Augenblick wählen könne. Warum sollten nicht die Alliierten erklären, daß sie die Absicht hätten, Deutschland die Gleichheit des militärischen Status zu gewähren? Die Abrüstungskonferenz dürfe kein Mißerfolg werden, aber dann müsse sie in der Tat mit einem neuen und völlig anderen Geist geführt werden.**

Eine neue bürgerliche Mittelpartei

Aus Kreisen der Wirtschaftspartei wird WTB. mitgeteilt: Am 12. September fand in der Berliner Handwerkskammer eine Versammlung von Angehörigen des bürgerlichen Mittelstandes von Groß-Berlin und aus der Provinz Brandenburg statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Von einigen Rednern wurde betont, daß der Grundgedanke der Wirtschaftspartei an sich gut gewesen sei, und daß ihre Zeile auch heute noch in vollem Umfange vertreten werden könnten. Leider sei auch diese Partei das Opfer nicht nur der politischen Entwicklung, sondern auch eigener Fehler in personeller und politischer Hinsicht geworden. Es wurde beschlossen, sofort die Grundlage für eine neue Sammlung der bürgerlichen Mittelschichten auf wirtschaftlicher Basis zu schaffen. Einstimmig wurde die Gründung dieser Organisation vorgenommen, die den Namen „Bürgerliche Vereinigung für Handwerk, Handel und Gewerbe trägt."

Deutsche Volkspartei für nationalen Wahlblock

CNB. **Berlin**, 15. Sept. Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, sprach vor einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Parteiorganisation. Die Deutsche Volkspartei unterstützt einmütig den Gedanken einer überparteilichen Regierung, die auf das Vertrauen des Reichspräsidenten gegründet ist. Deshalb fördert sie für die nächsten Wahlen die Unterstützung dieser Politik und bei aller Betonung der eigenen Parteigrundsätze den **gemeinsamen Aufmarsch aller Parteien, die sich hinter das Präsidialprogramm gestellt haben** und es weiter unterstützen wollen. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat sich heute einstimmig für die **Bildung eines solchen nationalen Wahlblocks** ausgesprochen, und die Partei erwartet, daß dieser Ruf im ganzen Vaterlande ein freudiges Echo findet.

Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Ein neuer sozialdemokratischer Vorschlag

Darmstadt, 15. Sept. (Eig. Draht.) Die sozialdemokratische Fraktion hat im hessischen Landtag im Zusammenhang mit Anträgen über eine zusätzliche Winterhilfe und die Sicherstellung der sozialen Unterstützungen einen bemerkenswerten Antrag zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung eingebracht. Darin wird die Regierung ersucht, im Reichsrat dahin zu wirken, daß zur Beschaffung von Mitteln das **Vermögen der öffentlichen Körperschaften hypothekarisch belastet wird durch erststellige Hypotheken, die 20 Prozent des Wertes nicht übersteigen dürfen.** Die Hypothekenbriefe sind in den Tressors der Reichsbank aufzubewahren und von den öffentlichen Körperschaften mit 4 Prozent zu verzinsen. Die Reichsbank benutzt diese Pfandbriefe als Golddeckung und kann bis zu 100 Prozent Noten ausgeben. Die Noten sollen zum Teil dazu benutzt werden, vorhandene Schulden der Gemeinden bei Bankinstituten abzudecken und zum anderen Teil zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsplänen dienen.

Die Sitzung des hessischen Landtags, in der über den sozialdemokratischen Auflösungsantrag entschieden werden soll, ist für den 4. Oktober vorgesehen.

Das Militärzug-Unglück in Algerien

WTB. Paris, 15. Sept. Die Zahl der Todesopfer des Militärzug-Unglücks bei Tlomcen in Algerien wird, wie Havas aus Oran meldet, auf 120 geschätzt, die der Verletzten, unter denen sich sehr viele Schwerverletzte befinden, auf 150. Da die Wagen quer und untereinander festgeklemmt in der Schlucht liegen, ist die Bergung der Opfer sehr schwierig. Außerdem sind die Verkehrsmöglichkeiten zur Unfallstelle äußerst ungünstig.

Paris, 15. Sept. (Eig. Draht). Mehrere Bahnarbeiter, die in der Nähe der Unglücksstelle die Gleise ausbesserten, sagten über den Hergang der Katastrophe folgendes aus:

„Es war ¼4 Uhr nachmittags. Die vorschriftsmäßigen Signale für die Streckenarbeiten waren aufgestellt. Die Lokomotive nahm die Kurve, die sich an der Unglücksstelle befindet, mit ziemlich großer Geschwindigkeit. Plötzlich hörten wir einen furchtbaren Krach. Die Lokomotive und der Tender sprangen aus den Schienen, fuhren etwa hundert Meter auf den Schwellen weiter und stürzten dann in die Schlucht, die anderen Wagen hinter sich reißend.

Der unverletzt gebliebene Zugführer, der sich in dem am Abgrund hängen gebliebenen Schlußwagen befand, erklärte: „Nachdem wir den vor der besagten Stelle gelegenen Tunnel passiert hatten, reckte ich den Kopf aus dem Wagen und sah, wie sich die Maschine plötzlich auf die Seite neigte und einen Augenblick später in den Abgrund stürzte. Sofort sprang ich aus dem Wagen auf ein Gebüsch zu, wurde aber durch den Schwung fortgerissen und stürzte den Abhang hinunter. Durch einen Zufall stürzte mein Wagen nicht um, sonst wäre ich wahrscheinlich nicht mehr am Leben. Nachdem ich mich vom ersten Schrecken erholt hatte, rannte ich nach dem Bahnhof Turenne, wo ich das Unglück meldete.

Bei den Rettungsarbeiten wurden einem Mann, der einen Verwundeten aus den Trümmern hervorzog, durch herabstürzende Eisenteile beide Beine abgeschlagen.

Und so was ist Reichstagspräsident!

Eine naturgetreue Zeichnung des Präsidenten Göring

Denn Brutus ist ein ehrenwerter Mann;
Das sind sie alle, alle ehrenwert.
(Shakespeare, Julius Cäsar III, 2.)

Für den 1. Mai 1923 hatte die Polizeidirektion München einen großen Umzug der freien Gewerkschaften durch die Stadt München genehmigt. Maifeierzüge mit roten Fahnen waren in München schon in der monarchistischen Zeit gestattet. Trotzdem nahmen die „nationalen Kampfverbände" die Genehmigung zum Anlaß, es auf eine Kraftprobe mit der Staatsregierung ankommen zu lassen.

Der damalige bayerische Kultusminister Dr. Matt hat den Verlauf einer Besprechung mit den Nationalsozialisten Kriebel und Göring im Nationaltheater bei seiner Vernehmung vom 12. Juni 1926 im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags folgendermaßen geschildert:

„Hauptwortführer war Göring; er erklärte rundweg: die Kampfverbände könnten es unter keinen Umständen dulden, daß die Sozialisten mit roten Fahnen durch die Stadt ziehen, das werde unter allen Umständen verhindert, und, wenn es nicht anders gehe, mit Gewalt. Auf meine Frage, wie er sich das vorstelle, meinte Göring, es werde eben dann geschossen. Kriebel sprach lange nicht in der Tonart wie Göring..."

Der Ausgang des Unternehmens ist bekannt. Der Staatsanwalt am Landgericht München I leitete gegen die an dem Unternehmen vom 1. Mai 1923 beteiligten Führer der Kampfverbände ein Strafverfahren ein. Eine Verfügung in den Akten der Statsanwaltschaft vom 22. Mai 1924 erwähnt Göring mit den Worten:

„Göring ist flüchtig. Gegen ihn wird das Verfahren wegen unbekannten Aufenthalts vorläufig eingestellt."

In einer Besprechung mit den Führern der militärischen Verbände der Nationalsozialisten, die am 23. Oktober 1923 — also kurz vor dem Hitlerputsch — in München abgehalten wurde, gab Göring folgende Darstellung der Lage:

„Wir müssen drei Fälle in Betracht ziehen:

a)... b)... c) In München wird eine Reichsdiktatur mit dem Ziele ausgerufen, der nationalen völkischen Idee mit Gewalt in Deutschland zum Siege verhelfen.

Der Fall c wird mit allen Mitteln angestrebt; die Vorbereitungen sind getroffen... die Aufrufe sind bereits fertiggestellt, außerdem haben die Führer in ihren Bezirken

Aufrufe zur Uebernahme der Gewalt

sofort vorzubereiten.

Es muß mit schärfstem Terror vorgegangen werden, wer die geringste Schwierigkeit macht, ist zu erschießen. Es ist notwendig, daß sich die Führer jetzt schon die Persönlichkeiten herausuchen, deren Beseitigung notwendig ist. Mindestens einer muß zum Abschrecken nach Erlaß des Aufrufes sofort erschossen werden."

Beim Hitlerputsch 1923 drohte der gleiche Göring an der Isarbrücke den Offizieren der Landespolizei gegenüber, die in den Händen des Kampfbundes befindlichen Geiseln erschießen zu lassen. Darüber liegen folgende Berichte vor:

Major Ritter von **Kramer**, Abschnitt I der Landespolizei, vom 14. November 1923:

„Als ich an der Reichenbachbrücke inspizierte, trat zu uns Göring, nahm die Hand an die Mütze und meldete:

Ich habe Herrn Major mitzuteilen, daß ich von Exzellenz Ludendorff Weisung habe, daß der erste Tote in unseren Reihen den Tod einer der von uns als Geiseln gehaltenen Männer bedeutet."

Das gleiche hatte Göring zu dem Führer der Brückensicherung auf der Corneliusbrücke, Oberleutnant von Hengel-Augsburg, gesagt. Weiterer Zeuge ist auch noch Polizeihauptmann Grabinger und Leutnant Balbach der Landespolizei Augsburg.

Zu Oberleutnant von Hengel sagte **Göring** wörtlich:

„Der erste Tote oder Verwundete auf unserer Seite bedeutet Erschießung sämtlicher Geiseln, die wir in Händen haben."

Nach Aussage des Hitlerführers Hans Wegelin hatte Göring gleichzeitig angeordnet, die Münchener sozialistischen Stadträte in den Propagandazug einzustellen, und dazu mit lauter Stimme den Befehl gegeben, „daß bei einem Angriff der Reichswehr oder der Landespolizei die Geiseln sofort zu erschießen seien."

Dieser Befehl Görings wurde dann dahin abgeändert, daß den Stadträten

„mit dem Kolben das Schädeldach eingeschlagen werden müsse."

Am Vorabend des Hitlerputsches im Jahre 1923 schloß Göring seine Ansprache an den Hitler-Sturmtrupp mit den Worten:

„Ein Lump, nicht wert, ein Deutscher zu sein, der in diesen Tagen deutscher Abrechnung an sich denkt. Jetzt gilt es, zu siegen oder zu sterben!"

Dieser Göring verschmähte es dann nicht, sich schleunigst in Sicherheit zu bringen und seine Leute ihrem Schicksal zu überlassen.

Dabei sei daran erinnert, was der bayerische Generalstaatskommissar Dr. von Kahr über Göring bekannt geben ließ. In Nr. 264 der Bayerischen Staatszeitung vom 14. November 1923 ist nachzulesen:

„Die Vorgänge in München — Eine falsche Todesanzeige

Der flüchtige militärische Führer des Kampfbundes, Oberleutnant Kriebel, veröffentlicht in zwei Tageszeitungen eine Sammeltodesanzeige für die Opfer des Kampfbundes, unter denen auch Hauptmann Göring zu lesen war. Göring erlitt bei dem Kampf an der Feldherrnhalle einen Oberschenkelschuß und wurde zuerst bei einem Privatarzt behandelt. Später hat er München verlassen. Bei Mittenwald suchte er die Grenze zu überschreiten, man wies ihn aber, da er verletzt war, zurück und verbrachte ihn in das Krankenhaus Garmisch. Dort wurde ihm das Ehrenwort abgenommen, sich den Behörden zur Verfügung zu stellen. Trotzdem ist aber Hauptmann Göring aus dem Krankenhaus entflohen."

Gleichlautende Angaben sind im Bayerischen Kurier, den Münchener Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung und anderen Veröffentlichungen von damals.

Nachdem Göring also

unter Bruch seines Ehrenworts getürmt

war, führte er in Innsbruck in einem feudalen Hotel (Tiroler Hof) ein angenehmes Leben. Als Göring darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sein Aufenthalt im teuersten Hotel unliebsames Aufsehen bei den einfachen Parteigenossen errege, antwortete dieser „gute Kamerad" wörtlich:

„Ich kann doch nicht im Gasthaus zur Wildsau logieren."

Nicht genug damit! Als auch in Innsbruck für die Opfer des Hitlerputsches gesammelt wurde, erhielt Göring die dort gesammelten 2 Millionen Kronen. Erst als Innsbrucker Parteigenossen an der luxuriösen Lebensweise des Hauptmanns Göring Anstoß nahmen, bequemte sich Göring dazu, diese 2 Millionen Kronen in schwedischen Devisen zurückzuzahlen.

So viel über Görings Taten in der Nachkriegszeit. Ein merkwürdiger Zufall hat es so gefügt, daß in der Eröffnungssitzung des letzten Reichstags die kommunistische Alterspräsidentin Klara Zetkin ihren Platz diesem Göring räumen mußte.

*

Zum Schluß noch einige Redeblüten von dem öffentlichen Auftreten Görings in München.

Am 8. August 1930 bezeichnete Göring dutzendmal die Weimarer Verfassung als „Weimarer Zeitschrift", der gleiche Göring, der sich zuletzt als Reichstagspräsident als strenger Hüter der Weimarer Verfassung aufspielte. Die Bürgerlichen, zu denen doch auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei gehören, nannte er insgesamt „Hanswurste und Rindviecher". Diese Bürgerlichen, mit denen er zuletzt — ach so gerne! — eine Regierungskoalition gebildet hätte!

Noch im Frühjahr 1932 huldigte Göring der gleichen Ansicht über Zentrum und Bayerische Volkspartei. Denn er erklärte am 23. April 1932 im Zirkusgebäude an der Marsstraße am Schluß seiner Rede ganz eindeutig:

„Wenn es zwischen Zentrum und Bayerischen Volkspartei überhaupt einen Unterschied gibt, so kann dieser höchstens in dem Ausmaß der Niedertracht beruhen, die beide auszeichnet."

Was Göring und seine Partei nicht abhalten konnte, in den letzten Wochen immer dringendere Botschaften um Anschluß an die so niederträchtigen schwarzen Parteischwestern zu schicken.

(Münchener Post, Nr. 213 vom 14. September 1932.)

Gewerkschaftliches

Reichspost und Arbeitsbeschaffung

Uns wird geschrieben: Die bei der deutschen Reichsbahn erneut beabsichtigten Massenentlassungen haben der Deutschen Reichspost wenigstens in der breiteren Oeffentlichkeit Gelegenheit gegeben, hinter ihrem großen Bruder, der Reichsbahn, in Deckung zu gehen. Nicht weniger rigoros jedoch wie die Reichsbahn geht auch die Reichspost mit ihrem Personal um, hat sie doch nicht weniger wie 26 000 Arbeiter und Angestellte auf das Straßenpflaster geworfen. Darunter befinden sich nicht weniger wie 5000 Telegraphenarbeiter, für die nach wie vor Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden wäre. Für die nach den geplanten Aenderungen im Postzustelldienst überflüssigen Posthelfer konnte durch die beteiligte wirtschaftliche Vereinigung inzwischen eine Vereinbarung herbeigeführt werden, wonach Entlassungen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 Stunden vermieden werden sollen. Anders aber im Telegraphenbau. Obwohl es dem Willen der überragenden Mehrzahl der noch im Telegraphenbaudienst beschäftigten Arbeiter entspricht, die bereits gekündigten Telegraphenarbeiter weiter zu beschäftigen, will die OPD. Karlsruhe diese Arbeiter dennoch auf die Straße setzen. Selbst die vom Arbeitsgericht Karlsruhe der OPD. Karlsruhe gegebene Empfehlung, mit dem Betriebsrat der wirtschaftlichen Vereinigung der Telegraphenarbeiter in Verhandlungen darüber einzutreten, wie die Weiterbeschäftigung der gekündigten Arbeiter sichergestellt werden kann, läßt die OPD. unberücksichtigt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, sich einer Notiz zu erinnern, die jüngst durch die Presse ging, nach welcher der Bau eines Selbstanschlußamtes in Bretten nur deswegen nicht in Angriff genommen werden könne, weil die Gemeinde Bretten im Hinblick auf ihre ungünstigen Finanzverhältnisse es ablehnen mußte, dem Antrage der OPD. entsprechend, den für den Betrieb des Selbstanschlußamtes erforderlichen Kraftstrom auf die Dauer von mindestens 10 Jahren unentgeltlich zu liefern, weil also ein Dritter, der vom Ausbau des Selbstanschlußamtes gar keinen Vorteil hat, es ablehnt, die Anlagen der DRP. durch laufende Zuschüsse zu subventionieren, deshalb bleibt eine Arbeit unausgeführt, die die Möglichkeit gegeben hätte, eine ganze Anzahl von Arbeitern auf lange Zeit zu beschäftigen. Es bleibt das Geheimnis der OPD. Karlsruhe, wie sich ihre Handlung mit den salbungsvollen Worten des Herrn v. Papen, der sich von niemanden im deutschen Volke an sozialer Gesinnung übertreffen lassen will, vereinbaren läßt.

Naziotenmoral im KPW. Karlsruhe

Vom **Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe** wird uns geschrieben: Seit einigen Jahren schon fungiert der zwar noch junge, dafür aber auch sehr forsche Herr Postassessor Rothe als Betriebsleiter im Kraftpostwerk Karlsruhe in der Zeppelinstraße. Unter seinem bewährten Regiment hat sich das KPW. langsam aber sicher zu einer Naziotenhochburg entwickelt. Mit Gewerkschaft und Betriebsrat dauernd auf dem Kriegsfuß stehend, schien Herrn Rothe diese Entwicklung nicht gerade unsympathisch zu sein. Eine besondere Liebe für die Nazihelden, ebenso wie der wiederholt unternommene Versuch, den Betrieb von Gewerkschaftern zu säubern, sollen dies zur Genüge beweisen. Auf dem Wege der Einzelentlassungen wollte die Reinigung aber nicht so recht gelingen, insbesondere deshalb, weil sie doch etwas zu teuer zu werden schien. Die Entlassung eines Betriebsratsmitglieds wegen angeblichen Arbeitsmangels hatte die runde Summe von 650 RM. gekostet. Dieser Betrag, aus öffentlichen Mitteln, wohlgemerkt, war zum Fenster hinausgeworfen, da für den entlassenen Betriebsrat bereits nach acht Tagen Ersatz eingestellt werden mußte. Daß dieser Ersatzmann Naziot war, versteht sich am Rande. Herr Rothe sann daher auf Mittel und Wege, sein Ziel der Generalreinigung des Betriebs auf billigere und dennoch vollständige Weise zu erreichen. Das beste Mittel hierzu war, wie bekannt, die Betriebsstillegung. Und Herr Rothe war denn auch bereit, das vor zwei Jahren mit so großem Pomp aufgezogene KPW. stillzulegen. Die hierzu vorliegende Genehmigung des RPM. brachte Herr Rothe der Eile halber den in Frage stehenden Dienststellen telegraphisch zur Kenntnis, denn es durfte, wie er wohl richtig ahnte, keine Zeit verloren werden, wenn diese Chance nicht ungenützt schwinden sollte. Nur dem Eingreifen der Arbeitnehmervertretung ist es wohl zu verdanken, wenn das Werk nicht stillgelegt worden ist. Als außer den bereits vorher durchgeführten Entlassungen noch weitere 20 Arbeitskollegen auf das Straßenpflaster geworfen werden sollten, beantragte der Betriebsrat eine Verkürzung der Arbeitszeit, um diesen Kollegen den Arbeitsplatz zu erhalten. Es kam auch eine Vereinbarung zustande, wonach die Arbeitszeit wenigstens so viel gekürzt werden sollte, um 10 von den 20 Kollegen den Arbeitsplatz zu erhalten. 10 Kollegen wurden also entlassen, die vereinbarte Kurzarbeit wurde aber nicht eingeführt, obwohl durch sie alle Entlassungen hätten vermieden werden können. Bei der geschilderten Sachlage verlangte der BR., die Wiedereinstellung der 10 Mann, wenn nötig eben durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit. Wie überall dort, wo die Nazioten als bewährte Unternehmerknechte ihre dreckigen Finger im Spiele haben, steigen auch im KPW. ab und zu übel duftende Giftschwaden auf.

Um die Wiedereinstellung der 10 Kollegen zu verhindern, steigt der Herr Betriebsleiter selbst in die Betriebsversammlung herab und doziert in langer Rede die **Unmöglichkeit des Begehrens des Betriebsrates. Alles, was an mehr oder minder großen Nazihäuptlingen im KPW. vorhanden war, sekundierte dem „Herrn Chef" auf das nachdrücklichste.** Erfolg: **Die Entlassenen bleiben auf der Straße,** obwohl sie alle schon mehr als 5 Jahre im Betrieb beschäftigt waren.

Neuerdings sollen nun wiederum Entlassungen durchgeführt werden. Dabei ist aber, wohl zum großen Leidwesen des Herrn Rothe, nicht zu umgehen, daß auch einige **Nazilieblinge daran glauben müssen.** Das Unglück will es nämlich, daß diese Lieblinge nicht nur eine gegenüber den schon Entlassenen verhältnismäßig kurze Dienstzeit haben, sondern daß sie ausdrücklich nur zu vorübergehender Dienstleistung eingestellt worden sind. Um seine Getreuen aber im Betriebe halten zu können, **beantragt der Herr Assessor selbst beim Betriebsrat die Verkürzung der Arbeitszeit und, damit das Bild sich runde, die Nazihelden verlangen nunmehr auch gebieterisch die Kurzarbeit, damit sie ihren Arbeitsplatz gesichert erhalten. Sie verlangen dies, obwohl sie bei anderen Entlassungen nicht bereit waren, auch nur das leiseste Opfer auf sich zu nehmen.**

Naziotenmoral: Heil oder heul, wie es gerade trifft.

Gemeindepolitik

Die Wohlfahrtserwerbslosenlasten der Städte

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind am 31. August 1932 in den **Städten** mit über **25 000 Einwohnern** (mit zusammen rund 25 Millionen Einwohnern) **1 580 000** laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Zunahme um 30 000 Wohlfahrtserwerbslose. — Für die Gesamtheit der Gemeinden ist für Ende August mit rund 2 450 000 Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen.

Freistaat Baden

Zur Konkordatsfrage

Der Badische Landespressedienst will zuverlässig erfahren haben, daß wegen der Verabschiedung eines Konkordats Schwierigkeiten zwischen Sozialdemokratie und Zentrum entstanden seien. Die Sozialdemokratie verlange in diesem Augenblick vor allem eine Verschiebung der Entscheidung wegen der plötzlichen Auflösung des Reichstages. Der Residenzanzeiger teilt in seiner gestrigen Ausgabe mit, daß am gestrigen Tage zwischen Zentrum und Sozialdemokratie die Beratungen über das Konkordat begonnen hätten. Diese Mitteilung scheint dadurch eine gewisse Stütze zu haben, daß, wie in den Blättern mitgeteilt wird, zu heute nachmittag eine Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion anberaumt ist.

In der gestrigen Ausgabe der Mannheimer Volksstimme behandelt Genosse Harpuder ebenfalls die Konkordatsfrage. Wie einige bürgerliche Organe ist auch die Volksstimme in der Lage, wenigstens andeutungsweise den vorläufigen Inhalt des Konkordatsentwurfs besprechen zu können. Genosse Harpuder schreibt u. a.:

„Wir selbst sind, wie sich aus unserer bisherigen Stellungnahme ausreichend ergibt, **weder von der Notwendigkeit noch auch nur von der Nützlichkeit** eines Konkordats in Baden überzeugt, haben deshalb von Anbeginn an unsere Stimme **gegen** den Abschluß eines solchen Vertrages zwischen dem badischen Staat und der Kirche erhoben und halten an diesem unseren vor der Festlegung sorglich geprüften Standpunkt **nach wie vor** fest. Und wir können hinzufügen, daß **weite Kreise unserer Partei**, nicht zuletzt auch bei den oberen Instanzen, diese unsere Auffassung teilen.

Auch wenn in dem Konkordat nichts stehen sollte, was nicht schon durch die Verfassung und die Landesgesetze geregelt ist, würde die Hereinnahme dieser Bestimmungen in das Konkordat für den badischen Staat eine **Preisgabe von staatlichen Souveränitätsrechten** bedeuten, der kein irgendwie gleichwertiges internationales Aequivalent gegenüberstünde, und obendrein eine **stärkere**, nämlich durch einen völkerrechtlichen Vertrag festgelegte **Bindung des Staates**, deren sich dieser nicht mehr durch einen einfachen Gesetzgebungsakt auf der Basis der staatlichen Eigengesetzlichkeit entledigen könnte, sondern nur noch durch parallel laufende komplizierte Verhandlungen mit Rom.

Hinzu kommt, daß von diesem Grundsätzlichen ganz abgesehen, **in der Tat der vorerst vorliegende Entwurf auch in seinem Inhalt in mancherlei Punkten auf das höchste anfechtbar ist.** Enthält er auch nichts über die Schule, so doch in der Frage des **Religionsunterrichts** über das, was schon seither Gesetz ist, hinaus einen Versuch der **Definition**, der auch für diejenigen untragbar ist, die sonst grundsätzlich ein Konkordat zuzugestehen bereit wären. Zu gleicher Zeit enthält er **finanzielle** Bestimmungen, die freilich nur das schon Bestehende wiedergeben, unter unserem prinzipiellen Gesichtspunkt aber eine unannehmbare vertragliche Bindung des Staates in sich schließen.

Dies gilt in noch höherem Maße auch von **jenen Punkten**, in denen der Versuch gemacht wird, den Staat zur Errichtung und Erhaltung von **konfessionell gebundenen Theologie- und Geschichts-Professuren** an bestimmten Universitäten zu verpflichten (wobei naturgemäß ein gleichzeitig geplantes evangelisches Konkordat Parallelbestimmungen brächte): alles Dinge, die, wenn ihre Notwendigkeit oder Nützlichkeit überhaupt anerkannt werden sollte, zwar vom Staat als solchen beschlossen oder abgelehnt werden können, die aber in einem Konkordat nichts zu suchen haben, worin man sich in unseren Reihen auch **allgemein** einig sein dürfte."

Wir wollen noch einmal mit aller Deutlichkeit erklären, daß es unseres Erachtens völlig untragbar wäre, wenn die Beratungen über ein abzuschließendes Konkordat irgendwie feste Gestalt annehmen würden, ehe es möglich war, in der Oeffentlichkeit ausführlich Stellung dazu zu nehmen. Wir wiederholen: Wir sind grundsätzlich keineswegs Gegner einer vertraglichen Regelung zwischen dem Staat und den Kirchen, aber es kommt auf das Wie und auf den Inhalt an. Nachdem aber die innerpolitische Situation im Reiche sich derart scharf zugespitzt hat, wie wir es gegenwärtig sehen müssen, sind auch wir der Meinung, daß erst eine Klärung der Gesamtsituation im Reiche abgewartet und herbeigeführt werden muß, bevor Konkordatsverhandlungen zu irgend einem Abschluß gebracht werden können. Wir stimmen dem Genossen Harpuder ausdrücklich darin zu, daß jetzt uns ganz andere Sorgen politischer und wirtschaftlicher Natur plagen, als die eines Konkordats. All dem vielen vorhandenen Konfliktsstoff noch neuen hinzuzufügen, wäre das Verkehrteste was wir jetzt tun könnten.

Ein Zuchthausurteil

WTB. **Freiburg**, 15. Sept. Die Große Strafkammer verhandelte heute unter Vorsitz von Landesgerichtsdirektor Dr. Meyer gegen einen Hamburger Zimmermann und einen Arbeiter aus Freiburg wegen **Widerstandes gegen die Staatsgewalt.** Beide hatten am 16. August, nachmittags, in angetrunkenem Zustand in der Nähe des Freiburger Stadtgartens ruhestörenden Lärm verursacht und Passanten belästigt. Den einschreitenden Polizeibeamten setzten sie heftigen Widerstand entgegen und griffen sie tätlich an. Einer der Beamten gab in der Bedrängnis einen Schuß aus seiner Dienstpistole ab, wodurch einer der Angreifer verletzt wurde.

In der heutigen Verhandlung wurden die beiden Angeklagten auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. Aug. 1932 zu je **einem Jahr Zuchthaus** verurteilt. Vier Wochen der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Staatsanwalt hatte je 1½ Jahre Zuchthaus beantragt.

Bitte um Nachsicht

Es ist noch nicht lange her, da verordnete der frühere deutsche Reichsfinanzminister Hermann Dietrich, daß rückständige Steuern mit aller Strenge einzuziehen seien. Nun ist er selber Privatmann geworden, muß sehen, wie ers treibt, um nicht zu fallen, und steht nun selber unter den von ihm selbst erlassenen Verordnungen. Das hatte zur Folge, daß er unter seinen eigenen Steuerverordnungen sich nun windet und folgenden Brief um Steuerstundung einreichen mußte:

„Da ich zur Zeit weder aus meinen Holzbeständen Geld flüssig machen kann, auch nicht ohne ungeheuren Schaden Wertpapiere veräußern möchte, ferner meine Einnahmen aus der Firma Trickzellstoff aufgehört haben, so möchte ich bitten, mir zur Abwicklung der Dinge Frist bis zum April 1933 zu geben. Angesichts meiner sonstigen Ueberlastung möchte ich eine ausreichende Frist bekommen zur Erledigung der Angelegenheit, deswegen bitte ich, obigem Antrag stattzugeben."

Herr Reichsfinanzminister a. D. Dietrich lernt jetzt als Inhaber einer Holzhandlung die ganze Rücksichtslosigkeit seiner früheren Amtsführung kennen und muß nun um gut Wetter bitten. — Als Reichsfinanzminister war ihm der Schaden, der den Steuerzahlern entstanden ist, schnuppe; nun bittet er, seine Wertpapiere behalten zu dürfen, daß ihm kein Schaden entstünde. Wahrscheinlich hofft er, daß unter der Politik der neuen Regierung die Verhältnisse sich bessern und die Effekten steigen.

Bisher hat sich Herr Dietrich immer als Landwirt ausgegeben, nun ist er aber Holzhändler. Vor etwa Jahresfrist hat er seinen Landwirtschaftsbesitz, den „Madachhof" im Bodenseegebiet verkauft, man sagte damals, weil ihm seine Landwirtschaftssteuern zu hoch waren. Nun macht er in Holz, das auf Baisse steht und absolut keine Ansätze zur Hausse zeigt, auch nicht bis zum April 1933. — Herr Dietrich wird die nachgesuchte Stundung erhalten, aber ganz unverdient zu den halben Zinssätzen; die neue Regierung hat nämlich die unerhört hohen Dietrichschen Zinssätze um 50 Prozent ermäßigt. — Aber ein Gutes hat die Sache: Herr Dietrich lernt nun etwas mit der Wirklichkeit rechnen, was ihm vielseitig gegönnt wird. B.

Deutschnationale Sorgen

Aus dem **Landtag schreibt** man uns:

Eine der übelsten Untugenden der Deutschnationalen im badischen Landtage ist ihre **Ueberheblichkeit** und ihre **Wichtigtuerei**, die in gar keinem Verhältnis mehr zu der politischen Bedeutungslosigkeit dieser Partei stehen. Wenn man die Herren Dr. Schmitthenner, Dr. Brühler, Bauer im Landtag auftreten und sprechen hört, könnte man meinen, es gäbe überhaupt nichts Gescheiteres mehr auf der Welt wie diese Herren. Mit einem bombastischen Pathos werden die nationalistischen Phrasen in den Saal geschleudert, gerieren sich diese Herren als die alleinigen wahren Hüter deutscher Ehre und Sitte. Werden die nationalistischen Schwadronen darauf hingewiesen, was gerade die deutschnationale Partei für ein nationales Schuldkonto hat, was gerade diese Partei schon in Deutschland an Not und Elend angerichtet, so wird das mit einer überheblichen und anmaßenden Geste abgetan, abgeleugnet oder zynisch glossiert. Die Nationalsozialisten sind gewiß in ihrem Auftreten ebenso unwissend wie ungezogen, aber sie stehen dennoch in ihrem Gebahren hinter den Deutschnationalen zurück, deren anmaßendes und provozierendes Verhalten geradezu abstoßend wirkt.

Welche Sorgen in der heutigen Notzeit diese deutschnationale Landtagsfraktion hat, erhellt eine **„förmliche Anfrage"**, die sie im Landtag eingereicht hat, und die soeben im Druck erschien. Am 4. Juli hatten sich die Herren Dr. Schmitthenner und Genossen darüber beschwert, in einer kurzen Anfrage, daß der **Finanzminister** den Heidelberger nationalsozialistischen Studenten das Heidelberger Schloß zu einer chauvinistischen Radauveranstaltung nicht überlassen hatte. Die kurze Anfrage wurde kurz beantwortet, daß das Heidelberger Schloß von parteipolitischen Veranstaltungen jeder Art freigehalten werden solle. Diese kurze Antwort des Finanzministers hat die Deutschnationalen in eine große, natürlich künstliche, Erregung versetzt. Die Antwort wollte ihnen nicht genügen, und da der Landtag ja doch genügend Zeit hat, fabrizierten die Herren Dr. Schmitthenner und Gefolgschaft eine förmliche Anfrage. Sie hoffen, bei der Besprechung der Anfrage ihre nationalistische Weisheit wieder an den Mann bringen zu können. Denn dies ist ja der ganze Zweck der Uebung. Wie „gebildet" und „vornehm" aber der Ton dieser Herrschaften ist, mag der Wortlaut der förmlichen Anfrage zeigen. Sie lautet:

Ueberlassung des Heidelberger Schloßhofes zu Kundgebungen

Die Antwort des Herrn Finanzministers auf unsere kurze Anfrage wegen der Verweigerung des Heidelberger Schloßhofes für die Versailler Kundgebung der Studentenschaft ist völlig unbefriedigend und geht auf wesentliche Teile der Anfrage nicht ein. Wir sind daher genötigt, die Angelegenheit in dieser förmlichen Anfrage aufs neue aufzugreifen. Wir fragen an:

1. Billigt die Badische Regierung die Antwort des Herrn Finanzministers? Wenn ja:
2. Weiß die Badische Regierung nicht, daß der Kampf gegen den Versailler Zwangsvertrag die vornehmste nationale Aufgabe des deutschen Volkes ist, daß es eine selbstverständliche Pflicht auch der Badischen Regierung ist, Kundgebungen gegen Versailles, wo sie sich rühren, nicht zu erschweren, sondern zu fördern, daß die Freigabe des Heidelberger Schloßhofes für jede ernsthafte Anti-Versailles-Kundgebung eine Selbstverständlichkeit, die zur Zeit geltende Beschränkung aber eine nationale Unmöglichkeit ist?
3. Merkt die Badische Regierung nicht, daß die Antwort des Herrn Finanzministers zahlreichen deutschen Volksgenossen den reine nationale Wirken abspricht und insbesondere es für jeden Politiker als unmöglich hinstellt, bei rein vaterländischen Kundgebungen zu sprechen? Merkt sie nicht, daß die Antwort des Herrn Finanzministers den Gemeinschaftskampf gegen Versailles in die Parteipolitik herabzerrt und, anstatt zusammenschließend zu wirken, neuen verderblichen Zwiespalt in unser Volk hineinträgt?

In solcher Weise wird also eine Regierung von Leuten, die sich auf ihre höhere und bessere Bildung und Erziehung besonders etwas zu gute tun, wir müssen schon sagen, **angeflegelt**. Denn aus dem ganzen anmaßenden Ton dieser sog. Anfrage erhellt doch nur so deutlich, daß den deutschnationalen Anfragern am Versailler Vertrag ebensowenig liegt, wie am Heidelberger Schloß. Sie wollen einfach ein **politisches Geschäft** machen, und dazu ist ihnen alles recht, ob es eine nationale Sache oder etwas anderes ist. Wenn man nur mit der Regierung einen Stunk anfangen kann. Wir sind sicher, daß dies auch die Badische Regierung „gemerkt" hat, und daß sie den Deutschnationalen Demagogen und Geschäftlesmachern die gebührende Antwort geben wird. Was dann noch fehlt, können die Parteien, denen der Versailler Vertrag eine zu wichtige und nationale Angelegenheit ist, um damit parteipolitische Manöver zu inszenieren, nachholen. r.

Der Kampf geht nun erst recht weiter!
Du mußt die drei Pfeile tragen!

Luzern 600 Jahre in der Eidgenossenschaft

Eine Gruppe aus dem Festzug. König Rudolf von Habsburg mit Gefolge. Luzern feierte den 600. Todestag seines Eintritts in den Bund der Eidgenossen mit einem großartigen Festzug, der in farbenprächtigen Gruppen die Gründungsgeschichte der Stadt und das wirtschaftliche und kulturelle Leben jener Zeit bei der Gründung des Rütlibundes vor Augen führt.

Die feierliche Enthüllung des französisch-amerikanischen Kriegerdenkmals an der Marne

Französische Truppen auf dem Anmarsch zu der großen Parade vor dem Ehrenmal.

Auf der Straße von Soissons nach Meaux, auf dem Kampfplatz der großen Marneschlacht von 1914, wurde das große französisch-amerikanische Kriegerdenkmal feierlich enthüllt, das an diesen entscheidenden Wendepunkt des Weltkrieges erinnern soll.

Panne in La Fantuzza

Wie wir Bologna kennen lernten

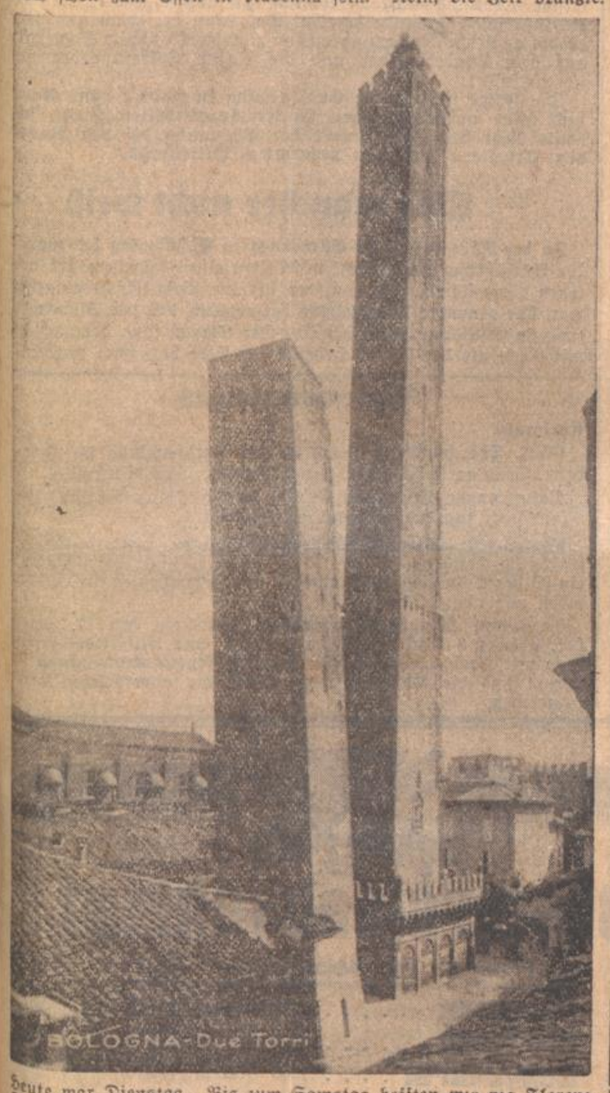
Der Himmel war von einem seidigen, durchsichtigen Blau. Darin hing wie eine glühende Kugel die Sonne. Luft und Straße schienen eine einzige flimmernde Masse geworden zu sein. Ein tropisch heißer Sommertag. Nicht nur wir litten darunter, auch die Menschen, die diese im Süden von den Schneebergen des Apenins begrenzte Landschaft bewohnten, schienen solche Hitze nicht ganz normal zu finden. Die Dörfer, die in dichter Folge an uns vorüberflitzten, atmeten tödliche Schwermut. Kaum eine Katze konnten wir zwischen den armseligen, fast fensterlosen Häusern erspähen. Nur hinter den Glasperlenvorhängen der Osterias schien es Menschen zu geben.

Durch Toskana

Die kleine Frau mit den dunklen, romantischen Rehaugen im Photogeschäft in Piazzenca hatte mir mit vielen bezaubernden Gesten und einem reizend-fehlerhaften Französisch erklärt, wie wir wieder aus der verbauten, engen Stadt heraus und auf die große Straße von Parma und Bologna kämen. Die Schutzleute in ihren leuchtenden Tropenhelmen hätten ebensogut in Daressalem oder in Kairo den Verkehr entwirren können. So exotisch nahmen sie sich im Getümmel aus. Hagere, dunkelbraune Gesichter unter hohen weißen Korkhelmen. Elegante Handbewegungen. Nette Jungens! Zur Mittagszeit tauchten in der Ferne Kirchtürme hinter Stadtmauern auf. „Das muß Parma sein," sagte der Steuermann und er ließ den Wagen losjausen, daß sämtliche Koffer hinter uns Freudentänze aufführten.

„Schade — das mit Bologna"

„Eigentümlich schade, daß wir uns Bologna nicht anschauen," sagte ich nachmittags um 3 Uhr, als wir an einem alten, halb verfallenen Fort vorbei, dann am Bahnhof vorüber, zur Stadt hinaussausten. Aber was sollten wir uns hier aufhalten, wollten wir doch schon zum Essen in Ravenna sein. Nein, die Zeit drängte.



Heute war Dienstag. Bis zum Samstag hofften wir via Florenz, Spezia, Genua in Monte Carlo zu sein. Jetzt hieß es energisch die Exkursion nach San Marino ausführen. Es ging wirklich nicht...

Und es ging doch! Wir sahen Bologna. Mit wütenden Augen, Groll im Herzen auf eine Kardanwelle, die 30 Kilometer hinter der Großstadt, mitten in einem armseligen Dörfchen, pompös La Fantuzza geheißen, nach. Zerbrach wie ein Bleistift. Mit ihr unser Reiseprogramm. Denn wir mußten zurück mit zwei Monteuren aus dem wohlklingenden Nest Sesto Imalese, zurück in einem wackeligen Taxameter nach Bologna.

Kolonnaden überall. Die ganze weitgezogene Stadt von 200 000 Einwohnern ruhte auf solchen schattigen Laubengängen, in denen Kaffeehäuser, Osterias, Fleischer- und Gemüsegeschäfte lagen und ein Strom von lebhaften Menschen auf- und abwogte.

Der Zauber einer großen Vergangenheit umfängt auch heute noch diese Stadt, die die Kapitale der gesegneten Landschaft Emilia ist.

So viel Kirchen der Gothik, der Renaissance und des Barokzeitalters aus Backstein findet man sonst nirgendwo in Italien. Backstein, der graubraun, verwittert, fast mystisch im Laufe der Jahrhunderte geworden ist. Zwischen grandiosen, hohen Kirchen die Palazzi der alten mächtigen Adelsgeschlechter. Da ist der gothische Palazzo di Re Enzo, in welchem der junge, liederkundige König Enzo, der Sohn Kaiser Friedrichs II. vom Mai 1249 bis zu seinem Tode gefangen saß, einzig getröstet in seinem Kerker durch die Liebe der schönen Luzia Viadagola, die das Geschlecht der Bentivoglio als Stammutter reklamiert.

Neuyork des Mittelalters . . .

Auf einem alten Bild aus den Tagen Dantes erscheint Bologna als eine Art Neuyork des Mittelalters, als eine Stadt der unbegrenzten Möglichkeiten. Hinter hohen Mauern, über einem Meer ein- bis zweistöckiger Häuser, recken sich Türme, Riesen über einem Liliputanerhaufen. Türme mit Zinnen und Schießscharten. Türme zu Hunderten. . . . Das waren die Wolkentürme der fehdelustigen Adeligen, auf die sie sich beim Eindringen des Feindes in die Stadt zurückzogen und von denen aus die gegnerischen Sturmkolonnen mit siedendem Pech und anderen heißen Sachen willkommen hießen. Sieht man heute von den Galerien des Wallfahrtsklosters San Luca, das hoch auf einem Apennin-Ausläufer liegt, auf die Stadt herab, so kann man noch immer ein Dutzend solcher phantastisch dünnen, himmelstürmenden Türme zählen. „Ah, Monsieur, Bologne, c'est une ville avec une historie tres interessante", sagte mir die geschichtskundige kleine Mailänderin, die mit mir in der Bar einen Flip nahm. Und sie, die entzückend gesprächige, temperamentvolle Frau, erzählte mir dann mit dem Pathos der Südländerin von der großen mittelalterlichen Universität, die oft 15 000 Hörer gehabt hat. Sie wußte von Galvani, der in Bologna seine sensationellen Entdeckungen machte und sie schwärmte von Napoleon und schimpfte auf die Oesterreicher, die mit der Macht ihrer Bajonette jahrzehntelang Italien um seine Einigung betrogen hatten.

Schöne Frauen

Schön und rassig sind die Frauen Bolognas. Ihr Chic stammt aus den Modeateliers von Paris, aber ihr Charme ist herber als der der Französin. Ihre Gesichter sind alle irgendwie mit den Zügen der Raffaelschen Madonna verwandt. Und in ihren Augen liegt zutiefst ein Schimmer von Schwermut, von unerfüllter Sehnsucht. Aber: sie würden dem Nordländer diese Sehnsucht nie eingestehen . . . und wenn sie schon wollten, wann sollten sie es tun? Nachmittags, in den von Autolärm widerhallenden Laubengängen der Via Indipendenza, wenn sie zu dreien der vieren in ihren eleganten Sommertoiletten auf und ab an Hotels, Luxusgeschäften, Restaurants oder Cinemas entlang bummelten, verfolgt von den begehrlichen Blicken der jungen Soldaten und der Gents der offenen Bars, aber immer unter den Blicken irgendeiner Tante oder Mama . . .? Oder abends, wenn der italienische Familienritus sie in die elterliche Wohnung verbannt? Während unten auf den Plätzen sich Hunderte von jungen Leuten allein auf den Rohrstühlen der Cafés räkeln. Und Jazzorchester Rumbas und Pase Dobles abfeuern.

Die Melodie der Stadt

Als wir diese Stadt wieder verlassen hatten — in Rimini, in einem Hotel am glitzernden Wasser der Adria logierten, da fehlte uns am ersten Abend eigentlich etwas: das ungedämpfte Krachen und Orgeln der Automotore, das Rattern der veralteten Straßenbahnen, das Gebell von hundert Hupen, das Heulen der Sirenen, die Detonationen der Motorräder, das laute Debattieren von animierten Männern in den Straßen. Kurz: die Geräusche Bolognas, die auch nach 50 Stunden nicht wieder aus den Ohren weichen wollten.

C. W. Fennel.

Ein echter Naziführer

SP. **Stuttgart,** 15. Sept. Unter der Ueberschrift **„Ein Schandkerl"** nimmt das Blatt des Württembergischen Bauernbundes an dem **nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten** Emil **Kiener** eine Stäupung vor, wie sie im politischen Leben sicher zu den Ausnahmefällen gehört und deren geduldige Hinnahme den zwingenden Beweis für die völlige moralische Verlumpung des Gekennzeichneten liefern müßte. Das Blatt hat sich mit Kiener schon einmal am 13. August beschäftigt, und ihn damals in zwölf Fällen der Lüge überführt. Daran anknüpfend schreibt das Blatt jetzt:

„Nachdem wir ihn so derb angriffen, hätten wir eigentlich erwartet, daß er nun von sich aus uns zur Rede stelle, daß er nun von sich aus sich bemühte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Fällt ihm aber gar nicht ein. Er muß den Vorwurf, daß er bewußt gelogen habe, auf sich sitzen lassen.

Es hat sich aber nun doch etwas gerührt. In den letzten Tagen schreibt ausgerechnet dieser **verlogene charakterlose Naziführer** im **N.S.-Kurier** einen Artikel mit der Ueberschrift „Höhe der Charakterlosigkeit". Unds, die wir seine unverschämten Lügen mit Nachdruck zurückgewiesen haben, gegen die er sich nicht im Geringsten wehrt und wehren kann, uns nennt dieser Lump **Verräter, Verleumder und Lügner.**

Wir haben damals auch mitgeteilt, daß jener von Moral nur so triefende „Erneuerer" Deutschlands, auch ein Führer in der „herrlichsten Bewegung", im Landtag ein einem anderen Abgeordneten gehöriges Buch mit Notizen „gefunden" hat, sich aneignete und hernachhin mit diesen Notizen den Wahlkampf gegen den Bauernbund und seinen Führer bestritt. Wir haben damals hinzugefügt, aus solchem Verhalten könnten wir nur den einen Schluß ziehen, es fehle jenem „Führer zur Wiedergeburt Deutschlands" der dem einfachsten Zeitgenossen eigene Sinn für Mein und Dein.

Wir haben damals schon mitgeteilt, daß wir uns bereits Mitte vorigen Monats, also etwa Mitte Juli, an den Herrn Vorsitzenden der N.S.-Fraktion gewendet haben, er solle dafür sorgen, daß die Sache geregelt werde; wir haben damals mitgeteilt, daß wir, nachdem von dem Herrn Vorsitzenden eine ungenügende Antwort kam, uns an den Herrn nationalsozialistischen **Landtagspräsidenten** wandten, den übrigens auch wir Bauernbündler zum Präsidenten gewählt haben, er möge nach dem Rechten sehen.

Wir stellen fest: **Es ist wiederum ein ganzer Monat ins Land gegangen, ohne daß wir weder von dem Naziabgeordneten K., noch von dem Vorsitzenden der N.S.-Fraktion, noch von dem Präsidenten des Landtages irgend welche Nachricht über den Verbleib jener Sachen bekommen haben. Und solche Leute wollen den Anspruch erheben, „Führer" des Deutschen Volkes zu sein. Das sind saubere „Erneuerer" Deutschlands.**

Wir stellen zum Schlusse noch einmal fest: Bei den Nationalsozialisten wird ein Führer geduldet, der über politische Gegner die gröbsten Lügen verzapft; die gröbsten Beleidigungen, die man ihm an den Kopf wirft, schluckt er, ohne mit der Wimper zu zucken; er schämt sich nicht, in öffentlichen Versammlungen sich zu rühmen, daß er sich fremdes Eigentum angeschafft hat, und er wird auch nicht rot dabei, wenn er damit gegen die politischen Gegner Agitation treibt. Er heißt aber andere, die ihn deswegen zur Rechenschaft ziehen und die ihm seine Gemeinheiten, so wie sichs gehört, vorhalten, Verräter, Verleumder und Lügner und droht ihnen, er werde sie vor ein Volksgericht zerren.

Aus aller Welt

Raubüberfall auf eine Bankfiliale in Altona

Altona, 15. Sept. In die Filiale der Commerz- und Privatbank in der Holstenstraße drangen heute vormittag drei maskierte Männer ein, die die beiden anwesenden Beamten mit Schußwaffen bedrohten. Einer der Räuber sprang über die Schalterbank in den Kassenraum. Den Bankbeamten gelang es jedoch, die Alarmvorrichtungen in Bewegung zu setzen. Durch das Sirenengeheul, das auf der Straße hörbar wurde, wurden die Täter gestört. Einer der Räuber riß schnell einen Blechkasten an sich, in dem sich jedoch nur fremde Geldsorten in Höhe von 80 bis 100 Mark befanden und flüchtete mit seinen zwei Genossen in einem Kraftwagen. Die Täter konnten jedoch bald durch die Polizei gestellt werden.

Bootskatastrophe im Swinemünder Hafen

Swinemünde, 15. Sept. Im Swinemünder Hafen liegt zur Zeit die Segelyacht „Salamander", die dem Akademischen Verein Hütte gehört. An Bord der Yacht befanden sich fünf junge Studenten des genannten Vereins. Die Segler hatten am Abend des Dienstag zwei Mädchen an Bord eingeladen. Gegen drei Uhr morgens wollte der Führer der Yacht, der Student Walter Wilde aus Berlin, die beiden Mädchen in einem Beiboot nach ihrem Wohnort Osternothafen übersetzen. Dabei ist das kleine Boot in das Kielwasser eines von den einfahrenden englischen Dampfern geraten und gekentert. Alle drei Insassen sind seitdem verschwunden. Es besteht kein Zweifel mehr, daß alle drei den Tod gefunden haben.

Selbstmord eines Wuppertaler Rechnungsdirektors

Wuppertal, 15. Sept. Der städtische **Rechnungsdirektor Garbe** von der Stadtverwaltung Wuppertal, gegen den eine Untersuchung wegen des Verbleibs von **14 000 Mark Mitgliederbeiträge** des „Komba" (Kommunalbeamtenverband) schwebte, hat sich durch Erhängen das Leben genommen. Bisher hatte Direktor Garbe immer die Version aufrechterhalten, daß er die Gelder als Darlehen ausgegeben habe, durch sein Ehrenwort aber verpflichtet sei, die Darlehensempfänger nicht namhaft zu machen.

Die Potsdamer Bluttat

Potsdam, 15. Sept. Das Rätsel um den Tod des Arbeiters Meißner, der vorgestern im Bornstedter Feld erschossen aufgefunden wurde, beginnt sich zu lüften. Der Mann, der den tödlichen Schuß abgab, ein Zimmermann namens Schneemann, hat bereits die Tat zugegeben, allerdings behauptet er und der Arbeiter Buchholz, der gleichfalls verhaftet wurde, der Schuß habe sich durch Fahrlässigkeit aus einer Parabellum-Pistole gelöst.

Die beiden Verhafteten sind die Ersten gewesen, die der Polizei von der Auffindung Meißners Mitteilung machten. Sie behaupteten, Schüsse gehört und dann zum Bornstedter Feld gelaufen zu sein. Beide wurden festgenommen, da von vornherein ein gewisser Verdacht gegen sie bestand.

Die Parabellum-Pistole, aus der der Schuß gefeuert wurde, hat Meißner gehört. Es ist festgestellt worden, daß er mit Schneemann und Buchholz in einer Laube Karten gespielt hat. Was sich vor der Abgabe des Schusses in dieser Laube abgespielt hat, ist noch Gegenstand der Ermittlungen. Die Polizei hegt den Verdacht, daß zwischen den Dreien politische Meinungsverschiedenheiten zum Ausbruch kamen. An die Zufälligkeit des Schusses glaubt sie nicht.

Aufdeckung einer Geheimbrennerei und Falschmünzerei

Gelsenkirchen, 16. Sept. Bei dem Kaufmann Kurt Senger wurde gestern durch die Kriminalpolizei eine Durchsuchung der Wohnung vorgenommen, da dieser in dem Verdacht stand, eine **Geheimbrennerei** zu unterhalten. Bei der Durchsuchung wurden Gegenstände vorgefunden, die zur Herstellung von Branntwein erforderlich sind. Bei der Durchsuchung fanden die Beamten auch zwei Gießformen für Fünfmarkstücke, eine Menge Weißblech und einen Gießlöffel. Drei weitere Formen wurden noch im Ofen versteckt vorgefunden.

Kleine bad. Chronik

* **Säckingen,** 15. Sept. **Keltengrab gefunden.** Bei den Kanalisationsarbeiten für das Krankenhaus wurden am Bahnübergang Güttinger Lagerplätze ein Keltengrab aus der jüngeren Steinzeit entdeckt. In der Nähe des Parkeingangs des Scheffel-Real-Gymnasiums wurde am Mittwoch ein Grab angeschnitten, das drei Meter lang und ein Meter breit ist. In dem Grabe wurde ein Skelett mit verschiedenen Beigaben, so u. a. Bronze- und Eisenspangen und Bronzeringe gefunden. Aus der Tatsache, daß keine Waffen vorhanden sind, schließt man, daß es sich um das Grab einer Frau handelt.

* **Sundheim** (Amt Kehl), 15. Sept. **Wegen Kindesmißhandlung verurteilt.** Wegen Mißhandlung seines elf Jahre alten Sohnes und wegen Ueberschreitung des elterlichen Züchtigungsrechtes wurde ein hiesiger Einwohner durch richterlichen Strafbefehl zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt, wogegen er Antrag auf Hauptverhandlung stellte. Auf Antrag des Staatsanwalts hat das Gericht die gleiche Strafe ausgesprochen. Der rohe Vater hatte den Jungen drei Mal mit seinen genagelten Schuhen in den Rücken getreten.

* **Busenbach** (Amt Ettlingen), 15. Sept. **24 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.** Nach dem Genuß von Fleisch eines notgeschlachteten Kalbes, das zum Verkauf nicht freigegeben war, sind hier 24 Personen erkrankt. Es handelt sich fast ausschließlich um Verwandte des Viehbesitzers, die das Fleisch käuflich erworben haben. Zum Teil sind die Erkrankungen auch darauf zurückzuführen, daß das Fleisch bis zu drei Tagen zu Hause unter Nichtbeachtung der sonst üblichen kühlen Aufbewahrung gelagert wurde. Die Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

* **Oppenau,** 15. Sept. **Postkraftwagenverkehr zwischen Oppenau und Appenweier.** An Stelle des in den Wintermonaten ausfallenden Zuges 1362 der Renchtalbahn wird die Deutsche Reichspost vom 2. Oktober 1932 bis 30. April 1933 jeden Mittwoch und Samstag, sowie an Sonn- und Feiertagen eine Spätverbindung mit Postkraftwagen zwischen Oppenau und Appenweier in beiden Richtungen durchführen.

* **Kehl,** 15. Sept. **Kindsleiche gefunden.** Im Bassin Vauban, dem neuen Becken des Straßburger Hafens, über das die neue Rheinstraße führt, fanden zwei Kinder die Leiche eines neugeborenen Kindes und zogen sie an Land. — **Ein Knabe als Opferstockräuber erwischt.** In dem für die Gottesdienste der neu errichteten Pfarrei St. Jeanne d'Arc, die das Gebiet des Straßburger Rheinhafens bis zur Brücke umfaßt, bestimmten Saal ist der Opferstock erbrochen und seines Inhalts beraubt worden. Als Täter ist ein 10jähriger Knabe ermittelt worden.

* **Rußheim,** 15. Sept. **Vom Gerüst gestürzt.** Beim Tabakaufhängen ist unser Mitbürger Johann Ludwig Lang vom Gerüst gestürzt. Er zog sich neben sonstigen Verletzungen eine Gehirnerschütterung zu und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

***Konstanz,** 15. Sept. **Bootsunfall auf dem Bodensee. — Ein Toter.** Am Donnerstag abend kurz vor 9 Uhr ereignete sich auf dem Bodensee ein schwerer Bootsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Vier junge Leute aus Konstanz im Alter von 18 bis 22 Jahren machten am Donnerstag abend eine Ausfahrt im Ruderboot. Bei dem hohen Wellengang schlugen die Wogen unaufhörlich in das Boot, bis es bei einer besonders starken Welle kenterte. Die vier jungen Leute hielten sich zunächst über Wasser. Den 18jährigen Anton Hillesheim verließen jedoch allmählich die Kräfte und er ging in den Wellen unter. Die übrigen drei Bootsinsassen wurden durch einen Dampfer gerettet.

Der Sohn der Revolutionärin erzählt:

Der indische Hitler

Gandhi ohne Maske – Gespräch mit Frau Naidus Sohn – Das auferzwungene Doppelspiel des Freiheitshelden – Der Mahatma verliert Anhänger

Wir haben den großen indischen Freiheitskampf bisher vielleicht nicht in all seinen Ursachen und Auswirkungen übersehen können. Deshalb hat unser Mitarbeiter Egon Larsen den in Berlin wohnenden Sohn der Dichterin und Kämpferin Naidu aufgesucht und berichtet hier über das aufschlußreiche Gespräch mit ihm.

„. . . und meine Mutter? Sie ist machtlos gegenüber der unglücklichen Entwicklung der politischen Situation in meiner Heimat. Sie ahnt nur, daß die großen Entscheidungen der Zukunft nicht an jenem „runden Tisch" fallen werden, von dem Gandhi sich die Lösung des indischen Problems verspricht. . . ."

Der junge Inder mit den riesengroßen Augen hinter der Hornbrille, mit dem tiefschwarzen Knebelbart im exotisch braunen Gesicht spricht von den Dingen in seinem Lande so skeptisch, wie man es von dem Sohn der großen indischen Revolutionärin niemals erwartet hätte. Seit Jahren wohnt er nun in Berlin in seiner kleinen Atelierwohnung, um sein medizinisches Studium in Deutschland abzuschließen.

„Ist Gandhis Einfluß in letzter Zeit gesunken?"

„Ja. Immer weitere Kreise fallen von ihm ab. Die indische Freiheitsbewegung ist für den Europäer nicht leicht zu durchschauen. Versuchen Sie Gandhi mit **Hitler** zu vergleichen. Beide Führer, beide Bewegungen haben viel Aehnlichkeit."

„Der indische Freiheitskampf ist doch wesentlich **älter** . . ."

„In ihrer heutigen Form besteht die Bewegung erst seit der Nachkriegszeit. 1919 bis 1921 war sie wirklich revolutionär. Gandhi brauchte die Massen und verstand, sie für den Freiheitsgedanken zu begeistern. Die **Bauern** schlossen sich ihm an. (Indien hat 290 Millionen Bauern!) Dem indischen Bauern geht es außerordentlich schlecht. Entweder gehört sein Gebiet der britischen Regierung, an die er Pacht und Steuer abzuführen hat, oder einem indischen Großgrundbesitzer, dem er verschuldet ist. Allein die jährlichen **Zinsen** der bäuerlichen Verschuldung sind höher als die gesamten Steuereinnahmen der britischen Regierung!"

„Fing Gandhi nicht mit einem **Steuerstreik** an?"

„Das war die erste Aktion seines „passiven Widerstandes" — und zugleich sein erster großer Fehler. Er vergaß nämlich, daß er nicht nur die britische Regierung, sondern auch den **einheim. Großgrundbesitz** damit traf. Die Pachtsummen, die der Großgrundbesitzer von den Bauern verlangt, sind durchschnittlich drei- bis viermal höher als diejenigen, die von der britischen Regierung verlangt werden. So mußte der Steuerstreik nicht so sehr die Engländer als vielmehr den einheimischen Großgrundbesitzer treffen; mit dem aber wollte sich Gandhi verbünden. Deshalb mußte er den Steuerstreik schleunigst ablasen."

„Wo stecken nun aber die Parallelen zwischen Gandhi und Hitler!"

„Hier ist schon eine der wesentlichsten: Gandhi wird ebenfalls **von Großagrariern gestützt**, und auch **die Industrie finanziert** seine Bewegung, um durch den indischen **Autarkie-Gedanken** zu profitieren. So ist einer der größten Geldgeber der Industrie-Milliardär **Birla** — der indische **Thyssen**. Gleichzeitig aber zieht Gandhi grundsätzlich **gegen** den Kapitalismus vom Leder. Er verlangt die Bodenreform zur Sanierung der bäuerlichen Wirtschaft, die Enteignung der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten. Aber auch bei ihm findet man die **Unterscheidung zwischen „schaffendem" und „raffendem" Kapital und Großgrundbesitz** — womit er den mächtigen Stützen der Bewegung Konzessionen macht. Er will reformistisch die „überlebten Besitzverhältnisse in der indischen Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Großgrundbesitz und selbstverständlich auch mit der britischen Regierung ändern."

„Aber Gandhi will doch **los von England?**"

„Das ist nur sein Feldgeschrei. In Wirklichkeit ist er der Mann des „round table", wenn er sich seinen Anhängern gegenüber auch aus taktischen Gründen als wilder Revolutionär aufspielen muß. Nach Schluß der Round table-Konferenz gewährte Gandhi dem Chefredakteur einer italienischen Zeitung ein **Interview**. Drin sagte er, die Konferenz sei ein Mißerfolg gewesen, er werde infolgedessen wieder den passiven Widerstand organisieren. Als das Interview erschien, fragte die britische Regierung deswegen bei Gandhi an. Gandhi drahtete zurück: Kein Wort von diesem Interview ist war! Der Italiener aber bot der britischen Regierung Zeugen für den Wortlaut seiner Unterredung mit Gandhi an. Man darf heute schon sagen, daß Gandhi, dieser „Apostel der Wahrheit", in Wirklichkeit ein Lügner ist — gezwungen zu einer **unheilvollen Doppelrolle**: gedrängt von seinen Anhängern, die allmählich den Glauben an ihn verlieren, gehalten von seinen Geldgebern, benutzt von der britischen Regierung . . ."

„Aber **er opfert doch Freiheit und Gesundheit für seine Idee?** Er läßt sich ins Gefängnis werfen — ebenso wie Frau Naidu, Ihre Mutter, die ja auch wieder von den Engländern gefangen gesetzt wurde!"

„Glauben Sie doch nicht, daß dies ein wirkliches Opfer ist. Den Führern geht es **im Gefängnis** noch hundertmal **besser** als den Millionen verzweifelter Bauern **in der Freiheit**. Gandhi und Frau Naidu sind sogenannte „A Claß"-Gefangene, die ausgezeichnet verpflegt und behandelt werden. Das verlorene Prestige bei ihren Anhängern gewinnen die Führer nur im Gefängnis ein wenig zurück, und gerade das liegt ihnen ja am Herzen. — Anläßlich der Round table-Konferenz in London hatte ich selbst Gelegenheit, längere Zeit **unter vier Augen mit Gandhi zu sprechen**. Ich hatte den Eindruck, daß er weder allzu große **Kenntnisse** noch allzu große **Ehrlichkeit** besitzt. Im Laufe unseres Gespräches erklärte er mir, er verlange Indiens gleichberechtigte Partnerschaft gegenüber England. Ich fragte ihn, wie er sich die ökonomische Basis vorstelle? Er wolle doch aus Indien ein antikapitalistisches Land machen. Könne denn ein antikapitalistisches Indien dem kapitalistischen England gegenüber ein wirtschaftlich gleichberechtigter Partner sein? Gandhi schwieg.

„Wie werden sich die Dinge **in Indien künftig entwickeln?**"

„Gandhi wie Hitler, sie finden beide zur Zeit die gleiche ökonomische und politische Situation vor. Die Weltmarktpreise sind gesunken, die Steuern gestiegen; eine ungeheure Politisierung und Radikalisierung der indischen Bauern — die etwa mit den deutschen Arbeitslosen verglichen werden können — hat eingesetzt. Der Bauer kann dem Großgrundbesitzer nichts zahlen und wird enteignet. Aber niemand kann sein Land neu erwerben, es bringt dem Großgrundbesitzer nichts ein. Man könnte diesen Vorgang eine indirekte Enteignung der Großgrundbesitzer nennen. Denn diese bleiben natürlich auch ihre Steuern der britischen Regierung schuldig, die damit Recht an dem Besitz erhält. — Zu diesen Sorgen kommen die überall aufflammenden **Unruhen** unter den verzweifelten Bauern. Rotten von Hunderten ballen sich zusammen, ermorden die Steuereintreiber, überfallen die Großgrundbesitzer und nehmen ihnen alles auffindbare Geld weg, das sie unter sich verteilen. Und sie stoßen bei ihrem Vorgehen auf die Sympathien der **Arbeiter**, die zum größten Teil Bauernsöhne sind. Die Zukunft wird zahllose kleine Bauernkriege bringen, so lange die Krise andauert — die „Revolution in Permanenz", wie man diesen Zustand genannt hat.

Gandhi hat nun die undankbare Aufgabe, diese Unruhen zu besänftigen, um nicht völlig die Führung über die Massen zu verlieren; anderseits will er dabei die alte soziale und ökonomische Ordnung aufrechterhalten, zumindest soweit sie seine einflußreichen Freunde betrifft. Das kann er jedoch nur, wenn er die englische Regierung weiter „toleriert", ihren Steuerdruck auf dem Lande duldet und die eigene Befreiungsbewegung unterminiert.

Die Folge ist, daß die Entscheidung in Indien **ohne Gandhi** und seine nationalistischen Hintermänner fallen wird: schon heute liegt der Schwerpunkt der Bewegung **bei den Bauern, den Arbeitern und dem verarmten Mittelstand.**"

Die photographierte Mondfinsternis

Trickaufnahme der Mondfinsternis, die die einzelnen Phasen von der fast völligen Verdunkelung bis zur wieder gänzlichen Sichtbarkeit der Mondscheibe zeigt. — Anmerkung an die Schriftleitung: Die Aufnahme stammt von einer früheren Mondfinsternis.

Was mancher nicht weiß

In der Nähe der Stadt Ellensburg in Washington hat man bei der Ausführung von Ingenieurarbeiten einen besonders gut erhaltenen Baumstamm gefunden, der in eine Basaltschicht eingebettet war. Die genauere Untersuchung hat ergeben, daß der Stamm seine zwanzig Millionen Jahre alt ist. Der Stamm kann demnach wohl mit Recht als das älteste Holzstück der Erde bezeichnet werden.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.

FTK. Süd Handball. Heute 20 Uhr **Versammlung** im Vereinsheim. Sonntag Spiel der 1. 2. und Jugend. Buch mitbringen. 4605

Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr im Volkshaus Vortrag: **Unsere Einstellung zum freiwilligen Arbeitsdienst.** 4604

Durlach. Naturfreunde, Esperanto-Abteilung. Heute abend 8 Uhr spricht im Gasthaus „Pflug" Prof. Christaller über **Esperanto, ein Ei des Columbus.** Esperantisten und Interessenten für Esperanto laden wir hiermit freundlichst ein. 821

Gaggenau. Metallarbeiterverband. Samstag, den 17. September, abends 8 Uhr, findet im „Kreuz" eine **Mitgliederversammlung** mit **Bericht über die Dortmunder Generalversammlung** statt. Hierzu sind die Kollegen, insbesondere die erwerbslosen herzlich eingeladen. 4607

DIE NEUEN A-MODELLE SCHON BILLIGER
UND DAZU DIE BILLIGE
HAUSSCHUH-WOCHE!

Hier einige Beispiele:

2.90

Elegante feurige Damen-Lack- u. schwarze und braune Roßcheur.-Trotteur-Spangenschuhe, bequeme Laufschuhe . . . . . Mk. 2.90
Modebraune Mastbox-Damenspangenschuhe und Schnürschuhe, weiß, gedoppelt, sehr bequemer Laufschuh . . . . . Mk. 4.90
Hochelegante Damen-Lackspangenschuhe, spitzrunde Form, für Straße und Gesellschaft, mit L XV. und Trotteurabsatz . . . . . Mk. 5.90
Eleg. schwarz. Rindboxherrenhalbschuhe, bequ. halbr. Form Mk. 3.90
Braune echt Boxcalf-Herrenhalbschuhe, Rahmenarbeit, dez. vornehme Form 6.45

Hausschuhe

Graue Militärtuchhausschuhe mit fester Sohle und Absatzfleck für Damen, Gr. 36–42 -.68
„ „ dito für Herren, Gr. 40–42 -.78
Dachdeckerschuhe mit Lederriemen Gr. 36–46 -.78 mit Bänder -.68
Cordschlüpfer m. Spaltleders. u. Absatzfl., Gr. 43-47 -.95, Gr. 36-42 -.75
Schwarze Tuchhausschuhe mit Lackspitze, fester Sohle und Fleck . . . . . Gr. 36–42 1.15
Kamelhaar-Umschlagschuhe Wolle mit Baum-Wolle, Filz und Ledersohle, molliz warm 1.35
Kamelhaar-Laschenschuhe Wolle m. B'-wolle, Filz und Ledersohle . . . Gr. 42-47 1.45 Gr. 36-41 1.35

60 JAHRE ALTSCHÜLER
Karlsruhe Kaiserstraße 118 Schützenstr. 50

In jede Familie den Volksfreund

10-Pf.-Broschüren
Jugend erwache! Es geht um dich
Landmann erwache!
Kampf dem Betriebsfaschismus

10-Pf.-Broschüren
Wer hat uns verraten?
Die Toten mahnen: Nie wieder Krieg!
1000 Worte Hitler

15-Pf.-Broschüren
Nazi-Kommunalpolitik
Die Frau im Dritten Reich
Marxistisches A B C

15-Pf.-Broschüren
Wißt ihr das? Was mit der demokratischen Republik erreicht wurde
Volk und Sozialdemokratie. Ihre Leistungen und Erfolge
Reparationen und Sozialdemokratie

Diese Aufklärungs- und Kampfschriften sind erhältlich bei
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstr. 28 / Tel. 7020/21

LVK

Brotpreisabschlag!

Es kosten ab 16. September 1932:

Kornbrot	750 Gramm	28 ₰
Kornbrot	1000 Gramm	37 ₰
Roggenbrot	1500 Gramm	54 ₰
Schrotbrot	1000 Gramm	35 ₰
Halbweißbrot	750 Gramm	35 ₰
Weißbrot	500 Gramm	32 ₰
Rheinisch-Westf. Schrotbrot		48 ₰
Weizenschrotbrot		42 ₰

Wir empfehlen als besonders preiswert aus unserer eigenen Bäckerei und Konditorei

Gugelhopf und Kränze RM -.80 1.60 2.30
Streuselkuchen RM -.60 -.90 1.30
Brezeln und mürbe Kuchen RM -.55 -.90 1.80
Zwieback (Paket à 20 Stück) 35 ₰
Zwieback (Paket à 10 Stück) 18 ₰
Braunschweiger Kuchen 1.20
Gefüllte Kränze RM 1.40 2.80
Käsekuchen . . . RM 1.70
Bienenstich . . RM 1.— 1.50
Sandringe . . . . RM 1.10
Gesundheitskuchen 60 ₰ 65 ₰
Verschiedene Obstkuchen in allen Preislagen
Sandtorten . . RM. 1.50 3.—
Torten in den verschiedensten Ausführungen . . RM. 2.50 bis RM. 4.-
Törtchen in all. Geschmacksrichtungen Stück 20 ₰
Mohrenköpfe . . Stück 20 ₰
Schillerlocken . . Stück 15 ₰
Apfelschnitten . . . Stück 10 ₰
Gefüllte Hörnchen und Schneckennudeln Stück 6 ₰

Abgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein
4594